

Kempin, Ronja

Research Report

Der Front National: Erfolg und Perspektiven der "stärksten Partei Frankreichs"

SWP-Studie, No. S 6/2017

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Kempin, Ronja (2017) : Der Front National: Erfolg und Perspektiven der "stärksten Partei Frankreichs", SWP-Studie, No. S 6/2017, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252916>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Ronja Kempin

Der Front National

Erfolg und Perspektiven der »stärksten
Partei Frankreichs«

S 6
März 2017
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

SWP-Studien unterliegen
einem Begutachtungsverfah-
ren durch Fachkolleginnen
und -kollegen und durch die
Institutsleitung (*peer review*).
Sie geben die Auffassung
der Autoren und Autorinnen
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2017

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Der Front National – Herausforderung für Frankreich und Europa
9	Entdiabolisierung und inhaltliche Neuausrichtung
9	Entdiabolisierung
11	Inhaltliche Neuausrichtung – der FN als Volkspartei
14	Der FN und die Bruchlinien der französischen Gesellschaft
14	Zentrum-Peripherie: Politische Enttäuschung
15	<i>Politische Entfremdung des »Volkes«</i>
17	<i>EU-Kritik als Instrument der Distinktion</i>
18	Staat-Religion: Islam und Wertewandel
19	<i>Das katholische Frankreich und der Islam</i>
20	<i>Konservativer Wertewandel</i>
21	Stadt-Land: Das »vergessene« Frankreich
22	<i>Vorstädtischer Raum als FN-Hochburg</i>
23	<i>Verankerung im ländlichen Raum</i>
24	<i>Banlieues als Projekt</i>
25	Arbeit-Kapital: Die Rolle des Staates in der Globalisierung
26	<i>Angst vor Globalisierung und sozialem Abstieg</i>
27	<i>Der FN und die Arbeiterschicht</i>
28	<i>FN und öffentlicher Dienst</i>
29	Schlussfolgerungen
30	Abkürzungen

Dr. Ronja Kempin ist Senior Fellow in der SWP-Forschungsgruppe EU/Europa.

Die Autorin dankt den Praktikanten Aurora Bergmaier und Lucas Fischer für ihre Zuarbeit bei der Entstehung dieser Studie.

Der Front National.

Erfolg und Perspektiven der »stärksten Partei Frankreichs«

Frankreich wählt – am 23. April und am 7. Mai 2017 wird in zwei Runden über den Präsidenten der Republik entschieden; im Juni stehen die Abgeordneten der Nationalversammlung zur Wahl. Eine Partei steht in beiden Fällen besonders im Fokus: der rechtsextreme Front National (FN). Die Demoskopen sind sich einig, dass Parteichefin Marine Le Pen in die Stichwahl um das Präsidentenamt einziehen wird und sogar Chancen auf den Wahlsieg hat. Zudem dürfte sie dem FN auch bei den Parlamentswahlen einige Abgeordnetenmandate sichern. Frankreich und der Front National – warum geht diese Gleichung immer mehr auf?

Jenseits des Rheins erschüttert eine Partei das politische System, die nicht nur ein Zerrbild in Sachen Immigration zeichnet, sondern auch Banken nationalisieren, Einfuhrzölle zum Schutz der französischen Industrie erheben und ein Referendum über den Verbleib des Landes im Euro wie in der EU abhalten will. Um diese Entwicklung zu verstehen, muss man zunächst die Vorsitzende der Partei in den Blick nehmen. Marine Le Pen will das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System Frankreichs »von innen« verändern. Um die nötige Macht dafür zu erlangen, hat sie die Partei »entdiabolisiert«. Dass Mitglieder den Holocaust leugnen, offen Rassismus zeigen oder sich homophob äußern, wird nicht mehr geduldet. Der Parteikader wurde erneuert; dabei gelang es dem FN, Persönlichkeiten für sich zu gewinnen, die zuvor mit Politikern anderer Parteien zusammengearbeitet oder zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten hatten.

Darüber hinaus hat Marine Le Pen den FN inhaltlich neu verortet. Unter ihrer Führung wurde das Themenportfolio der Partei deutlich verbreitert. Insbesondere über wirtschaftspolitische Anliegen soll sich der FN von einer ehemals auf den Punkt Immigration reduzierten Nischenpartei zu einer Volkspartei entwickeln. Auch dass sich der FN heute zu den Werten der französischen Republik bekennt, trägt zur Ausweitung seines programmatischen Spektrums bei und festigt das erwünschte Bild einer republikanisch-egalitär ausgerichteten Partei. Marine Le Pens Diskurs verknüpft unterschiedliche Themen miteinander, etwa innere Sicherheit mit EU und Einwanderung oder Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Souveränität.

Dadurch gelingt es ihr, Fragestellungen, die von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen unter »kulturellen« Gesichtspunkten behandelt wurden, ökonomisch zu begründen und zu rationalisieren.

Entscheidend für die längerfristigen Erfolgsaussichten der Partei sind allerdings Konfliktlinien, die sich in der französischen Gesellschaft verändert haben. Parteiensysteme entstehen entlang bestimmter Konfliktlinien. Wandeln sich diese, entsteht Raum für neue politische Kräfte wie den FN. Maßgeblich für die westeuropäischen Parteiensysteme sind traditionell die Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Stadt und Land, Arbeit und Kapital.

Was den Gegensatz Zentrum-Peripherie angeht, so profitiert der FN von einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren politischen Verantwortungsträgern. Aktuell teilen mehr als 80 Prozent der französischen Bürgerinnen und Bürger dieses Empfinden. Als »Stimme des Volkes« und als angebliche Alternative zu einer »beschlagnahmten Politik« findet der FN vielfach die Unterstützung jener, die ihre angestammte politische Heimat aufgegeben haben; zudem mobilisiert er politisch Desinteressierte.

Die Konfliktlinie Staat-Religion (nach traditioneller Terminologie der Cleavage-Theorie »Staat-Kirche«) gewinnt mit der zunehmenden Sichtbarkeit des Islam an Bedeutung. In der Bevölkerung setzt sich der Eindruck durch, die Politik schütze die Identität des Landes nicht mehr angemessen. Die Folge ist ein Wertewandel, der bereits vor den islamistischen Terroranschlägen von 2015/2016 eingesetzt hat. Er bezieht sich vorrangig auf die Themen Immigration und Sicherheit (identitäre wie physische) und kommt dem FN zugute, der seit Jahren »null Toleranz« gegenüber Verbrechern, die Begrenzung der Einwanderung und eine Erhöhung des Budgets der Sicherheitsbehörden fordert. Im Dezember 2016 attestierten Frankreichs Wählerinnen und Wähler dem FN die höchste Problemlösungskompetenz zu den Themenfeldern »Sicherheit und Verteidigung« sowie »Immigration«. Bei den Katholiken, die sich in besonderem Maße vom Islam bedroht sehen, verzeichnet die Partei den stärksten Zulauf. Im Dezember 2015 votierten 25 Prozent der praktizierenden und 34 Prozent der nichtpraktizierenden Angehörigen dieser Konfession für den FN.

Zwischen Stadt und Land hat sich in Frankreich ein vorstädtischer Raum herausgebildet, der heute Hochburg des FN ist. Ähnlich wie der ländliche Raum sind diese »Periurbains« vom Niedergang öffentlicher und wirtschaftlicher Strukturen geprägt, von fehlender Infrastruktur, einem niedrigen Einkommensniveau,

dem Mangel lokaler Arbeitsplätze und einem Anstieg der Kleinkriminalität. Der beständig wachsenden Bevölkerung hier, die von den übrigen Parteien bislang nicht gezielt angesprochen wird, verspricht der FN ein Ende der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – insbesondere bei Schulen, Post und Bahnverkehr –, eine Stärkung des Kleinhandels und mehr Ärzte.

Hinsichtlich der Konfliktlinie Arbeit-Kapital profitiert der FN davon, dass die etablierten Parteien außerstande sind, die wirtschaftliche und soziale Schieflage des Landes zu beseitigen. Ihre Rezepte entstammen allesamt der Welt der Globalisierung, der die Franzosen besonders kritisch gegenüberstehen. Marine Le Pen hingegen verspricht den 6,3 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern des Landes die Rückkehr zu einem interventionistischen und umverteilenden Staat. Bei den Regionalwahlen von Dezember 2015 erhielt der FN für diesen Politikansatz 43 Prozent der Stimmen aus dem Arbeitermilieu – deutlich mehr als die linke PS. Auch bei den 5,6 Millionen Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes liegen die Zustimmungsraten des FN deutlich über jenen der anderen Parteien, nicht zuletzt dank seiner Versprechen, diesen Sektor zu stärken.

Marine Le Pen hat es geschafft, ihren FN vom Stigma einer rechtsextremen, ausländerfeindlichen Partei zu befreien. Ihr größter Erfolg ist es jedoch, die Wandlungsprozesse, die die französische Gesellschaft gegenwärtig durchläuft, zu identifizieren und gezielt zu adressieren. Gleiches haben die etablierten Parteien des Landes versäumt. Die Erfolge des FN sind beunruhigend. Sie gefährden die politische Stabilität Frankreichs, die auf einer Links-rechts-Trennung des Parteiensystems gründet; sie verändern politische Positionen im Land, etwa zum Islam, und sie dienen rechtspopulistischen Parteien in Europa als Vorbild.

Bislang hindert das französische Wahlsystem den FN daran, die Macht zu erlangen. Entsprechend bleibt offen, ob Marine Le Pen nicht nur die Vermarktung ihrer Partei verbessert, sondern diese auch regierungsfähig gemacht hat. Die politischen Verantwortungsträger in Paris wie in der EU sollten durch öffentliche Auseinandersetzungen testen, ob Marine Le Pen einen grundsätzlichen Systemwandel anstrebt oder die Politik »nur« reformieren will. In Frankreich müssen die anderen Parteien überdies Wandlungsprozesse künftig besser antizipieren, neue Wählerinteressen schneller bedienen und neben der gesellschaftlichen Mitte wieder (vermeintliche) Randgruppen ansprechen. Das politische Establishment muss integer sein. Nur so kann der Vormarsch des FN gestoppt werden.

Der Front National – Herausforderung für Frankreich und Europa

Im politischen System Frankreichs ist Raum für eine rechte Partei. Diese Erkenntnis führte im Oktober 1972 zur Gründung des Front National, dessen Vorsitz Jean-Marie Le Pen übernahm. Rund ein Viertel der französischen Wahlberechtigten gab damals an, nationalistisch eingestellt zu sein – knapp 30 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sowie nach einer Dekade, in der das Land seine Kolonien verloren und der Algerienkrieg einen tiefen Riss in die französische Gesellschaft gezogen hatte.¹

In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens gelang es der Partei gleichwohl nicht, diese Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Gerade einmal auf 1 Prozent der abgegebenen Stimmen kam damals der FN. Interne Streitigkeiten um Kurs und Kompetenzen lähmten die Partei.² Erst die Wirtschaftspolitik der Sozialisten, die 1981 unter François Mitterrand an die Macht kamen, verhalf der Partei zu Erfolgen. Die Regierung ließ neue Industrien ansiedeln; dies ging einher mit Einwanderung, einer Zunahme der Bevölkerung und mit sozialen Spannungen.³ In den betreffenden Regionen im Nordosten und Süden des Landes fand der ausländerfeindliche FN seine Wählerinnen und Wähler; hier konnte er bis zum Jahr 2005 über 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Einen spektakulären Erfolg erzielte die Partei im Mai 2002, als Jean-Marie Le Pen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen einzog – mit einem Vorsprung von 194 000 Stimmen vor dem sozialistischen Kandidaten (und damaligen Premierminister) Lionel Jospin. Allerdings sollte dies für längere Zeit das stärkste Ausrufezeichen der Partei bleiben. Bereits 2004 rutschte sie bei den Regionalwahlen unter 10 Prozent. Im Desaster endeten für den FN die Parlamentswahlen 2007 (mit 4,3 Prozent) und die Präsidentschaftswahlen 2009 (6,3 Prozent). Nach vier Jahrzehnten unter Führung von Jean-Marie Le Pen schien die Partei wieder in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Am 16. Januar 2011 übernahm Marine Le Pen den Parteivorsitz. Auf den damals 82-jährigen Vater folgte

die 40 Jahre jüngere Tochter. Seither erlebt der FN elektorale Höhenflüge. Im Mai 2014 bekam er bei den Europawahlen 24,9 Prozent der Stimmen – und erzielte damit das beste Resultat aller französischen Parteien. Bei den Départementswahlen von März 2015 gelang es dem FN erstmals, mehr als ein Viertel der Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Im Dezember 2015 votierten bei den Regionalwahlen schließlich knapp 28 Prozent der Französischen und Franzosen für die rechtsextreme Partei. Gegenwärtig wird Marine Le Pen prognostiziert, den ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Ihren Sprung in den Élysée-Palast erneut verhindern könnten das französische Mehrheitswahlrecht und der »republikanische Konsens«, der auf Wahlabsprachen der demokratischen Parteien zu Lasten des FN basiert.

Für Frankreich und für die EU stellen die Erfolge des FN eine dreifache Herausforderung dar. Erstens schickt er sich an, die Bipolarität des französischen Parteiensystems aufzubrechen und sich als dritte – nach Wählerstimmen vielleicht sogar erste und am stärksten vereinte – Kraft zu etablieren. Frankreich zeichnet sich durch eine zersplitterte und fluide Parteienlandschaft aus. Immer wieder spalten sich Parteien, benennen sich um, lösen sich auf, gründen sich neu oder schließen sich zu (meist kurzlebigen) Bündnissen zusammen. Dennoch bildet das Parteiensystem der Fünften Republik die Grundlage für stabiles Regieren. Ende der 1980er Jahre entstand seine bis heute gültige bipolare Struktur, die entlang einer Links-rechts-Trennlinie verläuft. Auf der politischen Linken führte der Niedergang der Kommunisten zur Dominanz der Parti Socialiste. Auf der gemäßigten Rechten verlor die lockere Parteienföderation UDF mehr und mehr zugunsten der neogaullistischen RPR an Boden, bevor Teile von ihr in der 2002 gegründeten UMP und Ende Mai 2015 in Les Républicains (LR) aufgingen, die seither die dominierende Kraft im rechten Lager sind. Die autonome politische Mitte, wie sie zu Beginn der Fünften Republik noch existiert hatte, konnte sich dem Trend zur Bipolarisierung nicht entziehen; ihre Bestandteile ordneten sich Anfang der 1970er Jahre dem linken oder rechten Lager zu oder

¹ Grégoire Kauffmann, »Les origines du Front national«, in: *Pouvoirs*, 157 (2016) 2, S. 5–15.

² Ebd.

³ Pascal Perrineau, *La France au Front. Essai sur l'avenir du Front National*, Paris 2014, S. 19f.

verschwanden in der Bedeutungslosigkeit.⁴ Das Erstarken des FN bringt die Stabilität des bisherigen Parteiensystems zunehmend ins Wanken und wirft die Frage nach künftigen Regierungsmehrheiten auf.

Zweitens gewinnen die Ideen und Überzeugungen der Partei immer größeren Raum in öffentlichen Debatten; ebenso beeinflussen sie zunehmend das Handeln der etablierten Parteien und Entscheidungsträger. Die politischen Konkurrenten Marine Le Pen stehen heute vor der Entscheidung, den FN ideologisch zu »umarmen«, um dessen Wählerschaft für sich zu gewinnen, oder sich explizit von ihm abzugrenzen. Die Politik der Umarmung, wie sie etwa vom damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy betrieben wurde, hat den öffentlichen Diskurs in Frankreich bereits deutlich nach rechts gerückt.⁵ Höchst unsicher ist wiederum, welche Folgen die Strategie einer expliziten Distanzierung von den Ideen des FN haben wird, besetzt er doch zunehmend wichtige Politikfelder. Drittens schließlich gilt er vielen rechtspopulistischen Parteien in Europa als Blaupause, an der sie ihren eigenen Kurs ausrichten. Seine Erfolge stärken Dritte.

Die wachsende Zustimmung, die der FN an den Wahlurnen erfährt, ist das Ergebnis einer Entdiabolisierung der Partei und ihrer inhaltlichen Neuausrichtung, die von Marine Le Pen seit 2011 ebenso zügig wie konsequent vorangetrieben werden. Darüber hinaus ist das Erstarken der Partei offenbar das Resultat von Veränderungen und neuen Konflikten, die die französische Gesellschaft durchläuft. Parteiensysteme entstehen nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entlang bestimmter Konfliktlinien (Cleavages).⁶ Eine Konfliktlinie bezeichnet einen »dauerhaften Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck findet«.⁷ Parteien

gelten dabei als »Bündnisse in Konflikten über Politik-inhalte und Werteverpflichtungen«.⁸ Verändern sich Konfliktlinien und die ihnen zugrunde liegenden Wertvorstellungen, entsteht Raum für eine neue politische Kraft. Dem FN gelingt es, die Umbrüche in der französischen Gesellschaft auszumachen und zu adressieren.

4 Vgl. hierzu insbesondere Joachim Schild, »Ein bipolares Parteiensystem, in dem radikale Parteien ihren Platz finden«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Dossier Frankreich*, <www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152445/bipolares-parteiensystem> (Zugriff am 6.1.2017).

5 Gerd Niewerth, »Hauptziel Entdämonisierung. Marine Le Pen und die Rechtsextremen des Front National«, in: *Dokumente/Documents*, (2010) 4, S. 8–11.

6 Die Politikwissenschaftler Lipset und Rokkan haben Ende der 1960er Jahre den makrosoziologischen Erklärungsansatz zur Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme entwickelt. Vgl. entsprechend Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, »Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction«, in: dies. (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

7 Franz Urban Pappi, hier zitiert nach Oskar W. Gabriel/Bettina Westle, *Wahlverhalten in der Demokratie. Eine Einführung*, Baden-Baden 2012, S. 49.

8 Lipset/Rokkan, »Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments« [wie Fn. 6], S. 5.

Entdiabolisierung und inhaltliche Neuausrichtung

Im Unterschied zu ihrem Vater will Marine Le Pen das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System Frankreichs nicht mehr »von außen« destabilisieren. Sie möchte es »von innen heraus« verändern – und strebt deshalb an, die politische Macht zu erlangen.⁹ Marine Le Pen beschränkt sich nicht länger auf das vom Vater meisterhaft genutzte Instrument der bewussten Provokation. Ihr Ziel ist es, den FN von einer Protest- zu einer modernen Volkspartei zu machen. Dafür zeichnet sie das Bild einer gemäßigten, modernen Rechten mit gewöhnlichen Parteistrukturen – frei von Antisemitismus und Rassismus, den Werten und Normen der französischen Republik verpflichtet.¹⁰

Entdiabolisierung

Drei Wochen nach der Übernahme des Parteivorsitzes 2011 bezeichnete Marine Le Pen den Holocaust als »Gipfel der Barbarei«.¹¹ Diese Abkehr von den antisemitischen und rassistischen Äußerungen ihres Vaters, der die Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager wiederholt als »Detail der Geschichte des Zweites Weltkriegs« bezeichnet hatte,¹² gilt als Geburtsstunde der Entdiabolisierung des FN.

Der Versuch Marine Le Pens, die Partei von ihrem rechtsextremen Image zu befreien, fußt auf vier Elementen. Erstens distanziert sich der FN von Nationalsozialismus und Kollaboration sowie von Frankreichs

kolonialer Vergangenheit. Die Leugnung des Holocaust, jede Huldigung des Vichy-Regimes und Rufe nach Wiedereinführung der Algérie française wurden aus dem Diskurs der Partei entfernt.¹³ Jean-Marie Le Pen hatte das Kollaborationsregime von Vichy immer wieder als »verzeihlich« und den Umgang mit dessen Führungsfigur, Marschall Pétain, nach der Befreiung Frankreichs als sehr streng bezeichnet.¹⁴ Nach Meinung seiner Tochter soll die Partei nicht länger in der Vergangenheit leben, sondern die Zukunft beschreiben.

Damit dies gelingt, ist die neue Vorsitzende – zweitens – seit März 2011 darauf fixiert, »unsere Reihen zu säubern«.¹⁵ Die Veröffentlichung eines Fotos, auf dem ein regionaler Abgeordneter der Partei vor einer Hakenkreuzflagge stehend den Hitlergruß zeigt, nahm Marine Le Pen zum Anlass, das Internet nach antisemitischen, rassistischen, NS-verherrlichenden, homophoben oder die Kolonialgeschichte Frankreichs verharmlosenden Äußerungen von Parteimitgliedern durchsuchen zu lassen. Wer entsprechend auffällig geworden war, musste den FN verlassen.¹⁶ Im August 2015 gipfelte dieses Vorgehen im Parteiausschluss von Jean-Marie Le Pen, der den Entdiabolisierungskurs seiner Tochter sabotiert hatte.¹⁷

⁹ Cécile Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès«, in: *Pouvoirs*, 157 (2016) 2, S. 17–29.

¹⁰ Alexandre Dézé, *Le »nouveau« Front National en question*, Paris 2015, S. 34.

¹¹ »Les camps ont été le summum de la barbarie. Entretien avec Marine Le Pen«, in: *Le Point*, 3.2.2011, <www.lepoint.fr/politique/les-camps-ont-ete-le-summum-de-la-barbarie-03-02-2011-135109_20.php> (Zugriff am 1.11.2016).

¹² Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 21. In den zurückliegenden Jahrzehnten musste sich Jean-Marie Le Pen aufgrund seiner Verharmlosungen des Holocaust wiederholt vor Gericht verantworten. Vgl. »Détail de l'histoire: Jean-Marie Le Pen à nouveau condamné«, in: *L'Humanité*, 6.4.2016, <www.humanite.fr/detail-de-lhistoire-jean-marie-le-pen-nouveau-condamne-604001> (Zugriff am 1.11.2016).

¹³ Arthur Goldhammer, »Explaining the Rise of the Front National. Political Rhetoric or Cultural Insecurity?«, in: *French Politics, Culture, & Society*, 33 (2015) 22, S. 134–142.

¹⁴ Vgl. dazu »Jean-Marie Le Pen défend le Maréchal Pétain«, in: *Paris Match*, 8.4.2015, <www.parismatch.com/Actu/Politique/Jean-Marie-Le-Pen-defend-le-Marechal-Petain-741180> (Zugriff am 1.11.2016).

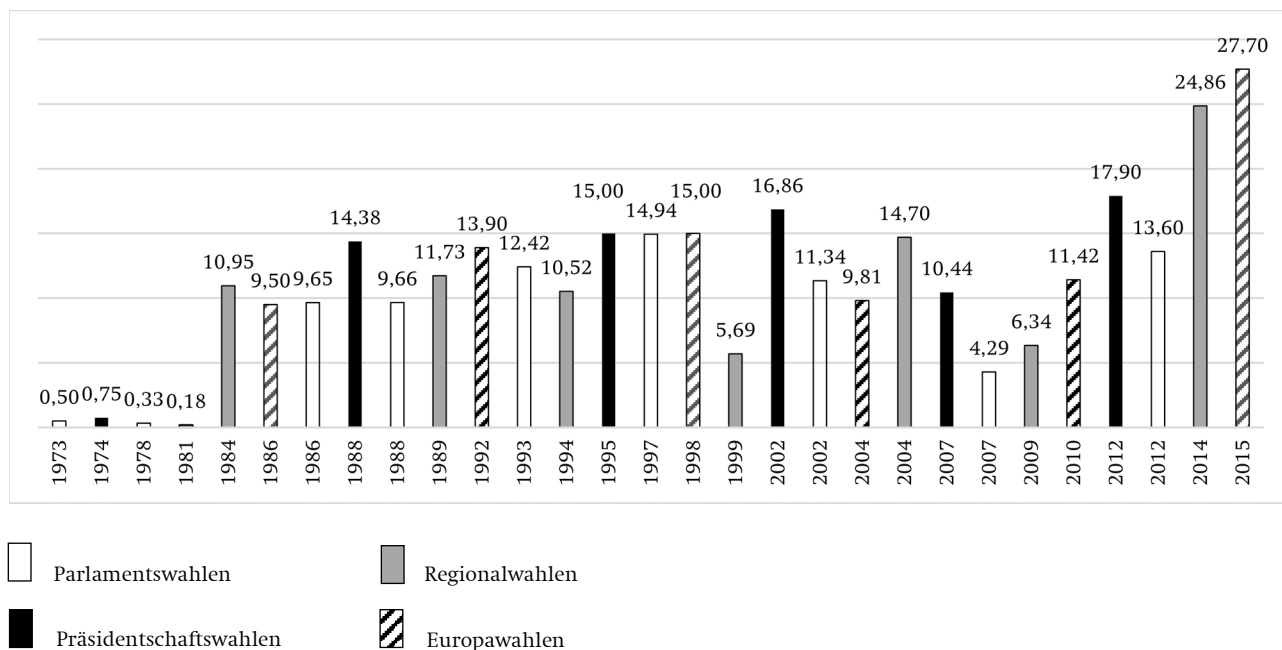
¹⁵ »Nettoyage de printemps au FN«, in: *Le Journal de Dimanche*, 19.4.2011, <www.lejdd.fr/Politique/Actualite/Avant-le-defile-du-1er-Mai-Marine-Le-Pen-fait-le-menage-au-FN-301601>, (Zugriff am 1.11.2016).

¹⁶ Dézé, *Le »nouveau« Front National en question* [wie Fn. 10], S. 49f. Laut Dézé zeigt aber eine Analyse der Twitter-Accounts von FN-Mitgliedern, dass hier nicht nur die Themen Einwanderung und Islam weiter dominieren, sondern auch die Rhetorik nach wie vor islamophob ist. Ebenso verbreiten Parteimitglieder über Twitter noch immer antisemitische, rassistische, homophobe und NS-verherrlichende Äußerungen.

¹⁷ Nikos Tzermias, »Familienkrach ohne Ende. Parteiausschluss von Front-national-Gründer Le Pen«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 21.8.2015, <www.nzz.ch/international/europa/familienkrach-ohne-ende-1.18599845> (Zugriff am 1.11.2016).

Schaubild

Front National: Ergebnisse bei diversen Wahlen, 1973–2015 (in Prozent der Stimmen)



Quelle: Pierre Brechon, *La France aux urnes*, <www.interieur.gouv.fr>.

Drittes Element der Entdiabolisierung ist die Erneuerung des Parteikaders. Um das Bild einer modernen Rechten zu festigen, berief Marine Le Pen ausschließlich Personen in den Parteivorstand, die nach 1969 geboren sind und somit keine persönlichen Verbindungen zum Zweiten Weltkrieg oder zum Algerienkrieg haben. Diese jungen, mehrheitlich aus dem eigenen Parteienachwuchs stammenden Mitglieder sind in vielen Fällen hervorragend ausgebildet und vertreten »moderne« Lebensformen.¹⁸ Der stellvertretende Parteivorsitzende Florian Philippot etwa, Jahrgang 1981, Absolvent der prestigeträchtigen Hochschulen HEC und ENA, ist offen homosexuell und vertritt in gesellschaftspolitischen Fragen gemäßigte Positionen, etwa zur Wiedereinführung der Todesstrafe. Am anderen Ende des programmatischen Spektrums steht die 1989 geborene Marion Maréchal-Le Pen – Enkelin des Parteigründers, Nichte von Marine Le Pen und jüngste Abgeordnete der französischen Nationalversammlung. Sie tritt ebenfalls sehr modern auf, spricht die Sprache ihrer Generation und befolgt deren Dresscode. In der

Sache aber steht sie für einen harten antimuslimischen und identitären Kurs.¹⁹ Sie lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe ab, teilt die islamophobe Theorie des »grand remplacement« (wörtlich »großer Austausch«)²⁰ und lässt sich mit Aussagen zitieren, wonach Muslime nur dann Franzosen sein können, wenn sie einen

¹⁹ Victoria Crow, »Marion Marechal-Le Pen's Remarkable Rise in French Politics«, *news.com.au*, 17.12.2015, <www.news.com.au/finance/work/leaders/marion-marechalle-pens-remarkable-rise-in-french-politics/news-story/ca3e5454563bd7bd23987e86ae44d700> (Zugriff am 1.11.2016).

²⁰ Hinter dem Begriff des »grand remplacement« steckt eine Verschwörungstheorie, die besagt, dass die französische Bevölkerung sukzessive durch eine nichteuropäische, insbesondere (nord-) afrikanische Bevölkerung ersetzt werden solle. Vorangetrieben werde dieser Prozess von einem Großteil der politischen und intellektuellen Elite des Landes. Während sich Anhänger des FN regelmäßig auf die Verschwörungstheorie beziehen, distanzierte sich Marine Le Pen 2014 offiziell davon; sie verweist stattdessen auf die ökonomischen Gründe von Zuwanderung. Vgl. dazu: Ivan Valerio, »Pour Marine Le Pen, la théorie du »grand remplacement« relève du »complotisme««, in: *Le Figaro*, 2.11.2014, <www.lefigaro.fr/politique/le-scan/citations/2014/11/02/25002-20141102ARTFIG00145-pour-marine-le-pen-la-theorie-du-grand-replacement-releve-du-complotisme.php> (Zugriff am 1.11.2016).

¹⁸ Jean-Yves Camus, *Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei?*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2014 (Internationale Politikanalyse); Dézé, *Le »nouveau« Front National en question* [wie Fn. 10], S. 27.

christlichen Lebensstil annehmen.²¹ Ihre Person verfängt, wenngleich sie paradox erscheint. Mit der Kombination aus traditioneller Haltung und modernem Image erreichte Marion Maréchal-Le Pen bei den Regionalwahlen 2015 das beste Ergebnis für den FN.²²

Zusammen mit der Erneuerung des Parteikaders veränderte der FN seinen Außenauftritt. Das »bleu marine«, das Marine Le Pen als neue Parteifarbe einführte, soll nicht nur an eine Welle oder den Vornamen der Vorsitzenden erinnern. Es spielt auch mit Blau als traditioneller Farbe der moderaten Rechten in Frankreich.

Um die politische Öffnung des FN zu untermauern, bemüht sich Marine Le Pen viertens, Persönlichkeiten für sich zu gewinnen, die bislang mit anderen Parteien in Verbindung standen.²³ Zum FN bekennen sich heute etwa Paul-Marie Coûteaux, ehemals Berater des links-souveränistischen Verteidigungsministers Jean-Pierre Chevènement (1988–1991), sowie Philippe Martel, ENA-Absolvent und ehemaliger Mitarbeiter von Ex-Premier Alain Juppé. Der frühere Generalsekretär der Organisation »Reporter ohne Grenzen«, Robert Ménard, ließ sich mit den Stimmen des FN zum Bürgermeister von Béziers wählen.²⁴

21 Laurent de Boissieu, »FN light pour les timides ou FN de demain: où en est le Rassemblement Bleu Marine?«, *atlantico*, 29.4.2016, <www.atlantico.fr/decryptage/fn-light-pour-timides-ou-fn-demain-ou-en-est-rassemblement-bleu-marine-laurent-boissieu-2680862.html> (Zugriff am 1.11.2016).

22 Im ersten Durchgang der Regionalwahlen von Dezember 2015 gewann Marion Maréchal-Le Pen in der traditionellen Hochburg des FN, der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA), 41,5 Prozent der Stimmen. Nachdem die PS ihren Kandidaten zugunsten des besser platzierten Konservativen Christian Estrosi zurückgezogen und die eigenen Anhänger zu dessen Wahl aufgerufen hatte, verpasste Maréchal-Le Pen den Sprung an die Spitze des Regionalrates. Zu ihrer Person vgl. auch Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 17–29.

23 Alexandre Dézé, »Le changement dans la continuité: L'organisation partisane du Front national«, in: *Pouvoirs*, 157 (2016) 2, S. 49–62. Allerdings bleibt die Zahl solcher Neuzugänge überschaubar. Der ehemalige UMP-Kommunalwahlkandidat Arnaud Cléré etwa distanzierte sich schnell wieder vom FN. Er machte seine Eindrücke von Parteitage öffentlich und berichtete von Hakenkreuz-Tattoos, offener Homophobie und ausländerfeindlichen Äußerungen: »Wenn man Marine Le Pen im Fernsehen sieht, kann man sich nicht vorstellen, was sich im Hinterzimmer [der Partei] abspielt.« Ebd., S. 61.

24 »Municipales à Béziers: Robert Ménard accepte le soutien du FN«, in: *L'express*, 30.5.2013, <www.lexpress.fr/actualite/politique/municipales-a-beziers-robert-menard-accepte-le-soutien-du-fn_1253110.html> (Zugriff am 1.11.2016).

Inhaltliche Neuausrichtung – der FN als Volkspartei

Die inhaltliche Neuausrichtung des FN gründet auf einer Erweiterung seines Themenportfolios und einem Wandel des Parteidiskurses. Marine Le Pen versucht, den FN von einer auf den Punkt Immigration reduzierten Nischenpartei zu einer Volkspartei zu entwickeln. Der Wirtschaftspolitik kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu. 40 Prozent der Äußerungen Marine Le Pens widmen sich heute ökonomischen Fragen.²⁵

Die Parteivorsitzende greift damit ein Themengebiet auf, das angesichts der wirtschaftlichen Krise des Landes von besonderer Bedeutung für die Bevölkerung ist. Darüber hinaus nutzt sie dieses Politikfeld auch, um über die wichtige Rolle eines starken Staates zu sprechen und sich gezielt an eine wichtige Wählerschicht des FN zu wenden – die Arbeiterschaft. Über die Wirtschaftspolitik kann sie außerdem ihre Kritik an der EU zuspitzen. Eine entsprechende Veränderung des eigenen Diskurses ermöglicht ihr schließlich, die Partei vom Stigma des plumpen Rassismus zu befreien.

Frankreich, so Marine Le Pen, habe die Kontrolle über seine Wirtschaft verloren. Ausländische Finanzinteressen bestimmten die nationale Ökonomie, die zudem unter einer massiven Zuwanderung billiger Arbeitskräfte leide.²⁶ Diesen Missständen könne allein der französische Staat begegnen. Nur der Staat, von ihrem Vater noch als »monströser, tyrannischer und ohnmächtiger Moloch« geschmäht,²⁷ könne die wirtschaftliche Genesung des Landes bewirken und die prekären Bevölkerungsgruppen schützen.²⁸ Er sei der Schlüssel im Kampf gegen Globalisierung und Neoliberalismus. Darüber hinaus gilt es laut Marine Le Pen, den Freihandel einzuschränken. Allein auf diesem Wege ließen sich die Landwirtschaft, die nationalen Grenzen und der öffentliche Dienst sichern. Die Wirtschaft müsse dem Volk dienen, nicht das Volk der Wirtschaft.²⁹ Mit solchen Slogans versucht Marine

25 Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 21.

26 Goldhammer, »Explaining the Rise of the Front National« [wie Fn. 13], S. 139.

27 Cécile Alduy/Stéphane Wahnich, *Marine Le Pen prise aux mots. Décryptage du nouveau discours frontiste*, Paris 2015, S. 41.

28 Cécile Alduy, »Mots, mythes, médias. Mutations et invariants du discours frontiste«, in: Sylvain Crépon/Alexandre Dézé/Nonna Mayer (Hg.), *Les faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*, Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, 2015, S. 247–268.

29 Alduy/Wahnich, *Le Pen prise aux mots* [wie Fn. 27], S. 39f.

Le Pen, sich als Vertreterin der Arbeiterschaft zu profilieren. Gezielt verwendet sie Begriffe der politischen Linken, etwa »soziale Gerechtigkeit«, »Wirtschaftsbosse« oder »Großunternehmer«, um ihre Forderung nach Protektionismus zu untermauern.³⁰

Als Feindbild gilt auch der Euro. Es gebe nur einen Weg, Frankreichs Haushaltsdefizit zu bekämpfen: »Zuerst muss man eine nationale Währung schaffen, um sich vom Joch des Euro zu befreien.«³¹ Die europäische Währungsunion sei souveränitätsfeindlich und schade der Wirtschaft. Deshalb fordert Marine Le Pen ein Referendum über Frankreichs Mitgliedschaft im Euro. Für den FN ist es das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik, die Souveränität Frankreichs wiederherzustellen. Indem sie ihren Diskurs zur Wirtschaft mit jenem über Souveränität verbindet, gelingt es Marine Le Pen, globalisierungskritische Positionen, die ihr Vater eher unter »kulturellen« Aspekten vertreten hatte, ökonomisch zu begründen und zu rationalisieren.³² Arbeitsplätze sollen laut FN bevorzugt an Franzosen vergeben werden; dem Lohndumping will man durch Begrenzung der Globalisierung Einhalt gebieten. Das traditionelle Narrativ der Partei, nach dem die Souveränität durch Eindämmung der Immigration zu sichern sei, wird von Marine Le Pen um ökonomische Gesichtspunkte erweitert. Damit kann die Partei leichter dem Vorwurf ausweichen, xenophob zu sein.

Ein weiteres Beispiel, das illustriert, wie Le Pen die Politik und Rhetorik des FN zu normalisieren versucht, ist ihr Rekurs auf zwei zentrale Werte der französischen Republik: Laizität und Gleichheit. Von 2011 bis 2013 bezog sich Marine Le Pen in 25 Prozent ihrer Reden auf den Begriff der Laizität, der im Falle ihres Vaters nur bei 2 Prozent seiner öffentlichen Äußerungen zum Tragen kam (1990–2005).³³ Dabei bedeutet Laizismus für Marine Le Pen nicht allein die Trennung von Kirche und Staat. Vielmehr erweitert sie den Geltungsbereich des Begriffs auf den gesamten öffentlichen Raum. Keiner »Sekte« dürfe erlaubt werden, diesen Raum einzunehmen. Eine solche Aussage zielt

auf die Religionsausübung von Muslimen, was daran deutlich wird, dass sich Marine Le Pen immer wieder gegen den Bau von Moscheen in Frankreich ausspricht.³⁴ Unter ihrer Führung machte sich der FN gleichzeitig zum Fürsprecher von Frauen und Minderheiten. Die Partei »verteidigt« die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie die Rechte Homosexueller, und sie »schützt« die jüdische Gemeinschaft. Marine Le Pen pflegt bewusst das Bild einer modernen Partei, die das reaktionäre Gesellschaftsbild ihres Vaters hinter sich gelassen habe. Daneben nutzt sie das Postulat gleicher Rechte, um den Islam zu diffamieren. Ihm attestiert sie Menschenfeindlichkeit und eine Missachtung des Werts der Gleichheit. »In bestimmten Gegenden«, so behauptet sie, »ist es weder gut, eine Frau zu sein, noch homosexuell oder jüdisch, nicht einmal französisch oder weiß.«³⁵ Ohne die Worte »Einwanderer«, »Muslime« oder »Islam« zu benutzen, macht Marine Le Pen deutlich, dass sie mit »bestimmten Gegenden« die Banlieues meint, die mehrheitlich von Bürgern mit Migrationshintergrund bewohnt werden.

Die explizite Aneignung republikanischer Werte ermöglicht es dem FN, sich als Partei zu präsentieren, die individuelle Freiheitsrechte und westliche Ideale gegen einen frauenfeindlichen, homophoben und diskriminierenden Islam verteidigt. Dass Marine Le Pen solche Werte deutlich verzerrt, fällt erst bei genauerer Analyse ihres Diskurses auf.

Mit dem republikanisch-egalitären Profil des FN lässt sich der offen diskriminierende und xenophobe Diskurs Jean-Marie Le Pens nicht länger vereinbaren. Entsprechend ersetzt Marine Le Pen Schlagworte ihres Vaters wie »nationale Bevorzugung« durch positiver besetzte Begriffe wie »nationale Priorität«, »sozialer Protektionismus« oder »sozialer Patriotismus«. So soll verdeckt werden, dass auch ihr Diskurs auf die Begünstigung von Franzosen zielt – etwa bei Familienbeihilfen oder der Vergabe von Sozialwohnungen – und dass die altbekannte FN-Programmatik einer Diskriminierung nach Herkunft aufrechterhalten wird.³⁶

Dies lässt sich auch am Thema Sicherheit zeigen. Bereits 2012 sprach Marine Le Pen von Sicherheit als »wichtigstem Freiheitsrecht«; massiv kritisierte sie das

³⁰ Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 22.

³¹ Marine Le Pen hier zitiert nach Dézé, *Le »nouveau« Front National en question* [wie Fn. 10], S. 29.

³² Alduy/Wahnich, *Marine Le Pen prise aux mots* [wie Fn. 27].

³³ Seinen islamophoben Bedeutungswandel erfuhr der Begriff des Laizismus im FN-Diskurs zunächst im Kontext der französischen Kopftuchdebatte; endgültig etabliert wurde diese Interpretation unter der Wahlkampfleitung Marine Le Pens 2007. Vgl. ebd., S. 52.

³⁴ Goldhammer, »Explaining the Rise of the Front National« [wie Fn. 13], S. 139; Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9].

³⁵ Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 22.

³⁶ Ebd.

angebliche Versagen sowohl der linken als auch der rechten Parteien in der Sicherheitspolitik.³⁷ Die Existenz rechtsfreier Räume sei in erster Linie der Zuwanderung zuzuschreiben. Diese habe einen »inneren Feind« geschaffen, den es zu bekämpfen gelte. »Wir sind«, so Marine Le Pen, »im Krieg gegen all jene, die sich zu dieser makabren Ideologie bekennen, die sich in Syrien, im Irak oder in unseren Vierteln, unseren Straßen und unseren Moscheen aufhalten.«³⁸ Die Sicherheit Frankreichs wird hier auf islamophobe Art mit den Begriffen Grenzen und Identität verknüpft; Einwanderung, Islamismus und Krieg werden rhetorisch quasi gleichgesetzt. Was aus diesem Diskurs folgt, sind Forderungen nach einem Einwanderungsstopp, nach höheren Mitteln für Militär, Sicherheitskräfte und Geheimdienste, nach einem Verbot islamistischer Organisationen, der Schließung radikaler Moscheen und schnelleren Abschiebungen von Ausländern.

Indem sie das inhaltliche Profil des FN um die Themen Wirtschaft, Laizismus, Gleichheit und Sicherheit erweiterte, hat Marine Le Pen ihre Partei deutlich näher an die Wählerinnen und Wähler herangeführt. Ihr zweiter Erfolg besteht darin, entsprechende Begriffe gezielt umgedeutet zu haben. Im Zentrum der Parteiprogrammatik steht nunmehr der »Schutz« von Frankreichs Bürgerinnen und Bürgern. Die Verbindung unterschiedlicher Themen erlaubt es Marine Le Pen und ihrer Partei, einen Diskurs zu pflegen, der sich verschiedenen Situationen anzupassen vermag. Bei Bedarf werden innere Sicherheit, EU und Einwanderung eng miteinander verknüpft und in den Vordergrund gerückt; im nächsten Moment sind es die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wie wirkungsmächtig die Doppelstrategie von Entdiabolisierung und inhaltlicher Neuausrichtung ist, zeigte das Ergebnis der Regionalwahlen von Dezember 2015. Hier gelang es dem FN, das historische Ergebnis von fast 28 Prozent – dies waren 6,8 Millionen Wählerstimmen – zu erzielen.³⁹

³⁷ Politisches Grundsatzprogramm Marine Le Pens von 2012, *Notre Projet. Programme Politique du Front National*, <www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf> (Zugriff am 30.6.2016); das Dokument enthält keine Seitenzahlen.

³⁸ Alduy, »Nouveau discours, nouveaux succès« [wie Fn. 9], S. 25.

³⁹ »Elections régionales 2015: le FN a battu son record de voix«, in: *Le Monde.fr*, 13.12.2015, <www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/12/13/elections-regionales-2015-fn-a-battu-son-record-de-voix_4831152_4355770.html> (Zugriff am 4.11.2016).

Der FN und die Bruchlinien der französischen Gesellschaft

Marine Le Pen ist es darüber hinaus gelungen, die sozio-demographische Struktur der FN-Wählerschaft zu verändern. Bei den Regionalwahlen von Dezember 2015 gaben 30 Prozent der männlichen und 26 Prozent der weiblichen Wähler ihre Stimme dem FN. Das Gros seiner Anhänger ist nach wie vor unter 50 Jahre alt und steht in einfachen, oft prekären Beschäftigungsverhältnissen oder ist arbeitsuchend.⁴⁰ Die traditionelle Wählerschaft der Partei konnte allerdings um Stimmen aus der Mittelschicht erweitert werden. 28 Prozent der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie 30 Prozent der Angestellten mittleren Einkommens im öffentlichen Sektor votieren inzwischen für den FN.⁴¹ Allein Freiberufler sowie höhere Beamte und Angestellte widerstehen der Partei Marine Le Pens weitgehend (16 Prozent).⁴² Im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 2012 ist die Wählerschaft des FN heute ein wenig weiblicher, ein wenig gebildeter und nicht länger auf die einfachen Schichten beschränkt.⁴³

Dieser Erfolg des FN ist auch auf Wandlungsprozesse zurückzuführen, die die französische Gesellschaft durchläuft und die sich im Entstehen neuer

Konfliktlinien manifestiert. In Anlehnung an die Cleavage-Theorie werden im Folgenden vier grundlegende gesellschaftliche Konfliktlinien untersucht: Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche (bzw. Religion), Stadt-Land und Arbeit-Kapital.⁴⁴

Die Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Ergebnissen von Meinungsumfragen. Oftmals unterscheiden sich die Methoden von Umfrage-Instituten erheblich; vielfach variiert auch die Zahl der Befragten. Dieser Herausforderung wird dadurch Rechnung getragen, dass die angeführten Daten vornehmlich von den französischen Instituten Ifop und CEVIPOF stammen. Deren Methoden sind ebenso transparent wie gleichbleibend, die Befragungen ausnahmslos repräsentativ.

Zentrum-Peripherie: Politische Enttäuschung

Klassischerweise verläuft die Konfliktlinie Zentrum-Peripherie zwischen nationalstaatlich orientierten Eliten, die nach kultureller Vereinheitlichung und der Monopolisierung rechtmäßiger Institutionen der Gewaltanwendung streben, und partikularistischen Regionalkulturen und Ethnien.⁴⁵ Am deutlichsten zum Ausdruck kommt dieser Gegensatz im Verhältnis zwischen Frankreich und der EU. Im Land selbst hat der Zentralismus regionale Interessen weitgehend zurückgedrängt. Der Antagonismus zwischen Zentrum und Peripherie manifestiert sich hier vielmehr im Gegenüber von einer herrschenden (politischen) Elite und weiten Teilen der Bevölkerung.

⁴⁰ Für den FN stimmten 33 Prozent der Wählerinnen und Wähler unter 35 Jahren, 35 Prozent der 35- bis 49-Jährigen sowie 32 Prozent der über 50-Jährigen. Relativ schwach abgeschnitten hat die Partei hingegen bei Rentnern (19 Prozent). 43 Prozent der »einfachen Volksschichten« (couches populaires) wählten den FN; bei den Arbeitern waren dies 51 Prozent, bei den Selbständigen 40 Prozent und bei den Angestellten 38 Prozent. Unter den französischen Arbeitsuchenden stimmten etwa 42 Prozent für die Partei. Zu diesen Zahlen vgl. Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Premier tour des régionales: le FN poursuit sa progression*, Paris: Institut français d'opinion publique (Ifop), Dezember 2015 (Ifop Focus, Nr. 133), <www.ifop.com/media/pressdocument/880-1-document_file.pdf> (Zugriff am 17.1.2017).

⁴¹ Pascal Perrineau, »Montée en puissance et recompositions de l'électorat frontiste«, in: *Pouvoirs*, 157 (2016) 2, S. 62–73.

⁴² Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Premier tour des régionales* [wie Fn. 40].

⁴³ Jérôme Jaffré, »Les nouveaux électeurs du Front National«, in: *L'enquête électorale française: Comprendre 2017*, Le Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF), Januar 2016, S. 2, <https://www.enef.fr/app/download/12983061325/LA_NOTE_%237_vague1.pdf?t=1483524729> (Zugriff am 6.1.2017).

⁴⁴ Rüdiger Schmitt-Beck, »Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives«, in: Steffen Kailitz, *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, S. 251–255 (252); Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch: Wertwandel in der westlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1989; Peter Mair, »Cleavages«, in: Richard S. Katz/William J. Crotty (Hg.) *Handbook of Party Politics*, London 2006, S. 371–376 (372).

⁴⁵ Schmitt-Beck, »Seymour M. Lipset/Stein Rokkan« [wie Fn. 44], S. 252.

Politische Entfremdung des »Volkes«

Unter der Herrschaft von König Ludwig XIV. wurde Frankreich als Zentralstaat aufgebaut. Die Regionen verloren dabei ihren Status als eigenständige Machtgebilde; gegenüber dem Pariser Zentrum wurden sie zur Peripherie. Bis heute hat das Geschehen in Paris landesweite Relevanz, denn Frankreich steht unter einer zentralen Staatsverwaltung, die aus der Hauptstadt gesteuert wird. Dabei entstammt die administrative Elite des Landes den sogenannten »grandes écoles«, deren Existenz ebenfalls auf das Ancien Régime zurückgeht. Die besten Absolventen dieser Schulen wechseln zwischen der Verwaltung (in der sie als Spitzenbeamten wirken), der Politik (wo sie meist Ministerämter bekleiden) und der Wirtschaft (wo sie ebenfalls Führungspositionen einnehmen).⁴⁶ Dem politischen, administrativen und wirtschaftlichen Zentrum steht eine Peripherie gegenüber, die kaum Einfluss auf die Eliten nehmen kann. Dieser Gegensatz wurde zwar immer beklagt; politisch relevant wurde er in der Vergangenheit aber nicht.

Dies ändert sich. In den letzten 15 Jahren hat Frankreichs politische Elite erheblich an Vertrauen eingebüßt. Zwischen 2001 und 2016 stieg der Anteil der Bürger, die ihrer Regierung misstrauen, von 57 auf 81 Prozent. Der Nationalversammlung stehen heute drei Viertel der Franzosen kritisch gegenüber; 2001 war es nur knapp die Hälfte der Befragten.⁴⁷ Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem scheidenden Präsidenten François Hollande erreichte im Oktober 2016 einen historischen (Tiefst-) Wert. Gerade einmal

4 Prozent der Französinen und Franzosen erklärten sich mit der Arbeit ihres Staatsoberhauptes zufrieden.⁴⁸ In Frankreich ist die Entfremdung zwischen Bevölkerung und politischer Elite damit noch erheblich größer als in Deutschland, wo im Frühjahr 2015 immerhin auch rund 55 Prozent der Befragten angaben, ihrer Regierung »eher nicht« zu vertrauen.⁴⁹ Zwei Drittel der französischen Bürgerinnen und Bürger meinen, es kümmere die Verantwortungsträger nicht, was die Menschen denken.⁵⁰ Im Oktober 2016 befanden 89 Prozent, dass Frankreichs Politiker »zu viel reden und zu wenig tun«.⁵¹

Erschüttert wird das Vertrauen der Bevölkerung auch durch moralisches Fehlverhalten von Mitgliedern der politischen Klasse. Immer wieder werden Spitzenpolitiker der Korruption, der Steuerhinterziehung oder der Veruntreuung von Geldern überführt. Ende Januar 2017 etwa wurde bekannt, dass der konservative Präsidentschaftskandidat François Fillon seine Ehefrau jahrelang zum Schein beschäftigt hatte – und ihr dafür fast eine Million Euro Gehalt zahlte, das aus öffentlichen Geldern stammte.⁵² Nur selten jedoch bedeuten solche Affären für die Betroffenen wirklich das Ende der politischen Karriere.

⁴⁶ Richard Münch, »Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs«, in: Adolf Kimmel/Henrik Unterwedde (Hg.), *Länderbericht Frankreich*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012, S. 32–46 (36–39).

⁴⁷ Diese Zahlen ergeben sich aus einem Vergleich der Daten, die Eurobarometer jährlich im Mai erhebt. Demnach lag die Misstrauensrate der französischen Bevölkerung deutlich über dem EU-Durchschnitt. 2001 waren durchschnittlich 51 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedsländern mit ihrer nationalen Regierung unzufrieden; 2016 lag der Wert bei 68 Prozent. Die nationalen Parlamente wurden 2001 von 46 Prozent der EU-Bevölkerung misstrauisch betrachtet, 2016 von 65 Prozent. Vgl. dazu Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer* 55, Oktober 2001, S. 7f, <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb55/eb55_de.pdf>; Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer* 85, Frühjahr 2016, Anlage: »Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union«, S. T41f, <<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/75909>> (Zugriff jeweils am 15.3.2017).

⁴⁸ Jean-Baptiste de Montvalon, »Seuls 4% des Français sont satisfaits de l'action de Hollande«, in: *Le Monde*, 25.10.2016, <www.lemonde.fr/politique/article/2016/10/25/hollande-une-impopularite-record_5019914_823448.html> (Zugriff am 17.11.2016).

⁴⁹ 2001 gaben in Deutschland 46 Prozent der Befragten an, der Bundesregierung »eher nicht« zu vertrauen; 2016 lag dieser Wert bei 55 Prozent. Dem Bundestag vertrauten 2001 etwa 43 Prozent der Befragten »eher nicht«; 2015 erklärten dies 51 Prozent. Dagegen sagten 75 Prozent der befragten Franzosen im Jahr 2015, der Assemblée Nationale »eher nicht« zu vertrauen. Vgl. auch hier die Ergebnisse von Eurobarometer: Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer* 55 [wie Fn. 47], S. 7f, sowie Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer* 85 [wie Fn. 47], S. 44f.

⁵⁰ Diese Ergebnisse einer Studie von OpinionWay aus dem Jahr 2012 sind entnommen aus Perrineau, *La France au Front* [wie Fn. 3], S. 169.

⁵¹ »L'action du Président de la République, la primaire à droite, le populisme, l'engagement politique, le pluralisme politique, la notion de risque«, in: *L'enquête électorale française: Comprendre 2017*, Paris: CEVIPOF, Oktober 2016 (Vague 7), S. 37, <https://www.eneff.fr/app/download/14608887825/ENEFF_vague7_octobre_2016.pdf?t=1477386833> (Zugriff am 30.1.2017).

⁵² Michaela Wiegel, »Fillon zahlte Frau und Kindern fast eine Million Euro«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.2017, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fillon-wegen-penelope-gate-staerker-in-bedraengnis-14808189.html> (Zugriff am 1.2.2017).

Allerdings werden entsprechende Verhaltensweisen von der Bevölkerung zunehmend missbilligt.

Die Enttäuschung über die Führung des Landes geht einher mit einem wachsenden Desinteresse an Politik und klassischen Parteien. Dies zeigt sich zum einen an der Wahlbeteiligung. Sie sinkt in Frankreich bereits seit 1980 und erreichte in den 2000er Jahren immer neue Tiefstwerte.⁵³ Zum anderen verlieren die Parteien immer mehr Mitglieder. In der PS sank deren Zahl zwischen 2007 und 2015 von knapp 257 000 auf rund 160 000. Die konservative Partei LR büßte im selben Zeitraum über die Hälfte ihrer Mitglieder ein; die Zahl fiel von etwa 370 000 auf knapp 176 000.⁵⁴

Seit den 1990er Jahren wendet sich der Front National an die politisch Enttäuschten. Die Partei präsentiert sich als Anwalt und Stimme des »Volkes«. Mit den Leitsprüchen »Le Pen – Le Peuple« (Jean-Marie Le Pen) und »La voix du peuple« bzw. »Au nom du peuple« (Marine Le Pen) stilisiert sich der FN zum Repräsentanten eines angeblichen Volkswillens, der in den übrigen Parteien keine Geltung finde und gegen eine korumpierte Elite verteidigt werden müsse.⁵⁵ Um »dem französischen Volk seine Stimme zurückzugeben«, verlangt Marine Le Pen eine Verfassungsänderung, die es ermöglichen würde, Referenden direkt aus der Bevölkerung heraus zu initiieren. Ebenso fordert sie, dass der Staatspräsident nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren dürfe, damit er, so die Begründung, für das Volk, nicht für seine Wiederwahl arbeite. »Die Franzosen müssen respektiert werden, die Politik muss zu ihren Diensten sein.«⁵⁶ Darüber hinaus beschwört die Partei den Gegensatz zwischen »Volk« und »Elite«, indem sie unablässig betont, in Frankreich herrsche ein »demokratisches Defizit«. Dieses drücke sich vor allem im geltenden Mehrheitswahlrecht aus, das »die Repräsentation eines gewichtigen Teils der Wählerschaft« verhindere. So werde die »Rechts-links-

Spaltung« des politischen Systems zementiert, das der FN zu überwinden suche.⁵⁷ Rhetorisch greift der FN auf Antithesen zurück, um die (vermeintlichen) Gegensätze zwischen Elite und Volk, dem Front National und dem »System UMPS«⁵⁸ zu unterstreichen. Den Rezipienten dieses Diskurses soll das Gefühl vermittelt werden, einer Gruppe anzugehören, die in ihren Werten und ihrer Existenz von etwas Äußerem, Antagonistischem bedroht wird.⁵⁹ Dabei spricht Marine Le Pen – obwohl sie selbst aus privilegierten Verhältnissen stammt – wie eine Frau des Volkes und grenzt sich auch in der Tonlage von der Pariser Elite ab. Sie formuliert einfach, plakativ und mit markanter Stimme.

Die Angriffe des FN auf die »beschlagene Politik« erweisen sich als wirkungsvoll. 2012 etwa erhielt Marine Le Pen 35 Prozent der Stimmen aus der Gruppe jener, die sich »gar nicht« für Politik interessieren. Politisch Interessierte hingegen wählten die FN-Vorsitzende nur zu 16 Prozent.⁶⁰ Keine andere Partei vermag das »schlafende Wählerpotential« des Landes derart gut zu heben wie der FN. Dies belegte bereits 2011 eine Studie zum Thema Wahlenthaltung. Bestünde in Frankreich Wahlpflicht, würden 27 Prozent derjenigen, die bislang nicht wählen gehen, für den FN stimmen. PS und LR dürften hier gemeinsam lediglich auf 22 Prozent Zuspruch hoffen.⁶¹ Darüber hinaus kann der FN jene Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen, die ihre angestammte politische Heimat aufgegeben haben. Der Stimmenzuwachs, den er zwischen 2012 und 2015 verzeichnen konnte, kam zu 60 Prozent von ehemaligen Anhängern der konservativen LR sowie der Parteien des Zentrums. Ein Viertel der Neuwählerinnen und -wähler des Front National stammt aus der Wählerklientel der PS.⁶² Schließlich

⁵³ Bei den Parlamentswahlen 2012 lag die Wahlbeteiligung bei knapp 41 Prozent. 1978 war sie mit beinahe 85 Prozent doppelt so hoch. Bei den Europawahlen 2014 gingen 42 Prozent der Wählerinnen und Wähler zur Urne, 1979 waren es noch über 60 Prozent.

⁵⁴ Nach eigenen Angaben der Parteien. Samuel Laurent, »Des Républicains au PS, la désertion des militants«, in: *Le Monde*, 23.9.2015, <www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2015/09/22/des-republicains-au-ps-la-desertion-des-militants_4766932_4355770.html> (Zugriff am 26.1.2017).

⁵⁵ Cas Mudde, »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition*, 39 (2004) 4, S. 542–563 (543).

⁵⁶ Marine Le Pen, *Mon Projet. Pour La France et Les Français*, S. 8, <www.frontnational.com/pdf/projet_mlp2012.pdf> (Zugriff am 12.10.2016; Dokument eingestellt im März 2012).

⁵⁷ Zitiert nach Perrineau, *La France au Front* [wie Fn. 3], S. 167, 169. In ihrem Präsidentschaftsprogramm für 2017 fordert Marine Le Pen, das Verhältniswahlrecht für alle Wahlen in Frankreich einzuführen. Vgl. dazu Marine Le Pen, *Au nom du peuple. 144 engagements présidentiels*, Punkt 3, <<https://www.marine2017.fr/wp-content/uploads/2017/02/projet-presidential-marine-le-pen.pdf>> (Zugriff am 6.2.2017).

⁵⁸ Als »système UMPS« bezeichnet der FN oftmals die politische Dominanz von Parti Socialiste und UMP (mittlerweile Les Républicains). Die Akronyme UMP und PS werden dabei zu »UMPS« verschmolzen.

⁵⁹ Alduy, »Mots, mythes, médias« [wie Fn. 28].

⁶⁰ Perrineau, *La France au Front* [wie Fn. 3], S. 162.

⁶¹ Ifop pour Marianne et Europe 1, *Enquête sur la France abstentionniste*, März 2011, S. 103, <www.ifop.com/media/poll/1436-1-study_file.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁶² Jaffré, »Les nouveaux électeurs du Front National« [wie Fn. 43], S. 2.

macht der inszenierte Gegensatz von »Volk« und »Elite« die Partei immun gegen Vorwürfe, ebenfalls öffentliche Gelder zu hinterziehen und sich persönlich zu bereichern. Marine Le Pen wird etwa vorgehalten, sie habe widerrechtlich 340 000 Euro an EU-Geldern bezogen, mit denen sie Assistenten und Leibwächter bezahlte, die offenbar gar nicht in Brüssel und Straßburg für sie tätig waren. Die Parteichefin wehrte sich mit der Behauptung, es handle sich um eine »medienwirksame Operation«, die darauf ziele, ihrem Wahlkampf zu schaden. Tatsächlich hat ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der eigenen Anhänger – anders als im Fall von François Fillon – unter den Vorwürfen nicht gelitten.⁶³

EU-Kritik als Instrument der Distinktion

In Frankreich existiert ein tiefer Graben zwischen »Herzens- und Verstandeseuropäern« auf der einen Seite sowie »Souveränisten« und Nationalrepublikanern auf der anderen. Dieser Riss zieht sich quer durch die politischen Parteien. Pro-europäische Kräfte möchten »Elemente des französischen Modells und Identitätsdiskurses auf die europäische Ebene übertragen«; ihre Opponenten wollen »die egalitären Werte des französischen Republikanismus im nationalen Rahmen erneuern, sich weiterhin am gaullistischen Modell einer unabhängigen nationalen Außenpolitik wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts orientieren und Schutzwälle gegen die Wogen der Globalisierung und gegen ein neoliberales europäisches Projekt errichten«.⁶⁴

Seit den 1980er Jahren verfolgt der FN einen strikt anti-europäischen Kurs. Dieser wurde unter Marine Le Pen – die seit 2004 Europa-Abgeordnete ist – verbal weiter zugespitzt. Im Oktober 2015 etwa begrüßte sie

Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande im Europäischen Parlament mit den provozierenden Worten: »Vielen Dank, Frau Merkel, dass Sie uns heute zusammen mit Ihrem Vizekanzler beehren, dem Verwaltungschef der Provinz Frankreich.«⁶⁵ Den europäischen Diskurs Marine Le Pens prägen Übertreibungen, fragwürdige Gegenüberstellungen und Tautologien – Stilmittel, die den Eindruck vermitteln sollen, dass die Realität von anderen Politikern falsch eingeschätzt und allein durch den FN korrekt abgebildet werde. Adjektive benutzt Marine Le Pen gerne im Superlativ, französische Zahlungen an die EU findet sie »wahnsinnig«.⁶⁶

Allerdings taugt der behauptete Antagonismus zwischen Frankreich und EU kaum dazu, Wähler für den FN zu mobilisieren. In Frankreich hat sich das Ansehen der EU in den vergangenen Jahren zwar verschlechtert. Im Mai 2016 gaben nur 36 Prozent der Bevölkerung an, ein positives Bild von der EU zu haben und eine weitere europäische Integration zu befürworten (2001 waren es 47 Prozent). Damit liegt das Land aber deutlich vor Deutschland, wo zur selben Zeit lediglich 29 Prozent der Bevölkerung ein positives Bild von der EU hatten.⁶⁷ Die Franzosen zeigen sich überdies wenig empfänglich für die europapolitischen Positionen des FN. Die Forderung, aus dem Euro auszusteigen und den Franc wiedereinzuführen, unterstützt lediglich ein Viertel der Bevölkerung.⁶⁸

Dass Kritik an der EU seit Ende der 1980er Jahre gleichwohl ein wesentliches Element der FN-Programmatik ist, hat drei – innenpolitische – Gründe. Erstens dient die EU der Partei dazu, über Frankreich zu spre-

⁶³ Bernard-Henri Lévy, »On fait un boulevard à Le Pen«, in: *Le Point*, 20.2.2017; Michaela Wiegel, »Die Unberührbare. Vorwürfe gegen Marine Le Pen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.2.2017, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/betrugsverdacht-schadet-marine-le-pen-in-umfragen-nicht-14888529.html> (Zugriff am 22.2.2017).

⁶⁴ Joachim Schild, »Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich. Politische Eliten, Parteien, Bürger«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (20.1.2003) B 3/4, S. 31–39 (35). Zu den Elementen des französischen Modells gehören demnach »die weltpolitische Rolle als »puissance«, eine aktive Industrie- und Technologiepolitik, die »zivilisatorische Mission«, das an egalitär-solidarischen Werten orientierte Sozialmodell und die »exception culturelle«, ebd., S. 35.

⁶⁵ »Devant Merkel, Le Pen traite Hollande de »vice-chancelier«, in: *Europe 1. Le Jdd*, 7.10.2015, <www.lejdd.fr/Politique/Devant-Angela-Merkel-Marine-Le-Pen-traite-Francois-Hollande-de-vice-chancelier-754433> (Zugriff am 27.1.2017).

⁶⁶ Alduy, »Mots, mythes, médias« [wie Fn. 28], S. 258.

⁶⁷ Frankreich liegt bei der Zustimmung zur Europäischen Union auch über dem EU-Durchschnitt, der sich im Mai 2016 auf nur 24 Prozent belief. Zu den angegebenen Zahlen vgl. Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer 55* [wie Fn. 47], S. 31; Europäische Kommission, *Standard-Eurobarometer 85* [wie Fn. 47], S. T46.

⁶⁸ Emmanuel Rivière/Carine Marce/Laure Salvaing/Camille Morisson, »Baromètre d'image du Front national«, in: *TNS Sofres*, Februar 2016, S. 5, <www.tns-sofres.com/publications/barometre-2016-dimage-du-front-national#> (Zugriff am 16.11.2016). Bei dieser Umfrage gaben 12 Prozent der Befragten an, »eher einverstanden« zu sein mit der Abschaffung des Euro und der Wiedereinführung des Franc; 14 Prozent war damit »vollkommen einverstanden«. Auch unter den FN-Wählern stimmten nur 31 Prozent dieser Forderung vollständig zu, weitere 22 Prozent teilten die Position »eher«.

chen. Das »durchlässige Europa«, das »Europa der Arbeitslosigkeit« sei ein »totalitäres System«, ein »wirtschaftliches und soziales Desaster« für Frankreich. Was die Partei der EU vorwirft, sind »Rezession, Standortverlagerungen, Missachtung der Völker, Preisexplosion seit Einführung des Euro, Zerstörung unserer Landwirtschaft und unseres öffentlichen Dienstes, Massenimmigration, Zerstörung unserer nationalen Identität«. ⁶⁹ Zweitens hilft die Opposition gegen die EU der Partei dabei, ihren Anspruch zu untermauern, dass sie sich von den beiden etablierten Parteien unterscheidet. Obwohl es auch bei PS und LR immer wieder kritische Stimmen gegen Europa gibt, bekennen sich beide Parteien zu einer Vertiefung der Integration. Im Zuge der europäischen Finanz- und Schuldenkrise setzte sich jedoch auch in ihren Reihen die Forderung durch, »Europa zu verändern«. Somit war der FN gezwungen, seine Position weiter zu radikalisieren. Daher vertritt die Partei seit 2010 die Idee eines »Europa der freien Nationen«. Für Frankreich bedeute dies eine Kontrolle der nationalen Grenzen, den Ausstieg aus dem Euro, die Vorrangstellung der nationalen Gesetzgebung, den Schutz des französischen Arbeitsmarktes und die Verteidigung »unserer Werte, unserer Identität, unserer Traditionen, unseres Lebensmodells gegen die Technokraten aus Brüssel«. ⁷⁰ Dass Marine Le Pen ihren Europadiskurs verschärft, muss drittens als Versuch gewertet werden, parteiinterne Kritik an einem angeblich zu moderaten Gesamtkurs zum Schweigen zu bringen und die eigene Stellung im FN zu festigen. ⁷¹

Unter Marine Le Pen ist es dem FN gelungen, sich als Vertreter all jener zu etablieren, die vom Gebaren der etablierten Parteien enttäuscht sind und sich von der Politik abgewendet haben. Solange es PS und LR nicht schaffen, sich personell zu erneuern und untadelige Leitfiguren hervorzubringen, kann Marine Le Pen auf diese Wählerklientel bauen, die auch vom sozialliberalen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron und seiner Bewegung »En marche!« nicht erreicht wird.

⁶⁹ Euromanifest 2009 des FN, zitiert nach Emmanuelle Reungoat, »Le Front National et l'Union Européenne, La Radicalisation comme Continuité«, in: Crépon/Dézé/Mayer (Hg.), *Les faux-semblants du Front national* [wie Fn. 28], S. 232.

⁷⁰ Marine Le Pen, *Mon Project* [wie Fn. 56], S. 15.

⁷¹ Emmanuelle Reungoat, »Mobilizing Europe in National Competition: The Case of the French Front National«, in: *International Political Science Review*, 36 (2015) 3, S. 296–310.

Staat-Religion: Islam und Wertewandel

Das traditionelle Staat-Kirche/Religion-Cleavage umfasst Konflikte um die Definitions- und Sanktionsmacht für Normen, um die staatliche Werteorientierung und die individuelle Meinungsfreiheit. Ausgetragen wird der Konflikt traditionell zwischen der (säkularen) Staatsmacht und den Kirchen als den hergebrachten Hütern von Normen und Werten. ⁷² Seit 1905 ist Frankreich eine laizistische Republik, in der Kirche und Staat voneinander getrennt sind. Damit soll gewährleistet sein, dass jegliche Einflussnahme der Religionen auf Staat und Zivilgesellschaft unterbleibt und dass alle Religionen und Überzeugungen gleichwertig sind. Mit dieser Trennung fiel dem Staat die zentrale Aufgabe zu, Frankreichs nationale Identität zu definieren und zu schützen. Spätere Untersuchungen erweiterten das Cleavage um das Spannungsverhältnis zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen in säkularen Gesellschaften. Das Cleavage Post-materialismus-Materialismus unterscheidet zwischen gesellschaftspolitisch liberal orientierten Wählerschichten und solchen, die sich an althergebrachten Wertvorstellungen und Rollenbildern orientieren. ⁷³

In Frankreich wird gegenwärtig kein Thema so stark diskutiert wie die Frage der Laizität. Seit die Bedeutung des Islam im Land wächst, nimmt der Rekurs auf dieses Gebot zu, das religiöse Bezüge aus dem öffentlichen Raum fernhalten soll. Die Auseinandersetzung mit dem Islam führt immer wieder zu teils hitzigen Debatten – Burka-, Burkini- und Kopftuchverbot, Halal-Fleisch in Schulkantinen, Moscheebau oder Schaffung eines »französischen Islam« sind dabei nur einige der Stichworte. ⁷⁴ Im Mittelpunkt steht die Angst, der Islam könnte die nationalen Werte und den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Kritiker fordern, einem Vormarsch dieser Religion im Namen des Laizismus Einhalt zu gebieten. Der Grundsatz der Laizität, der in Frankreich seit 1946 Verfassungsrang genießt, verbietet es Religionsgemeinschaften, politi-

⁷² Schmitt-Beck, »Seymour M. Lipset/Stein Rokkan« [wie Fn. 44], S. 252.

⁷³ Vgl. hierzu insbesondere Inglehart, *Kultureller Umbruch* [wie Fn. 44].

⁷⁴ Im Februar 2004 wurde in Frankreich das »Gesetz zum Tragen religiöser Zeichen oder Kleidungsstücke in der Schule« erlassen. Darin wird in öffentlichen Schulen untersagt, Zeichen oder Kleidungsstücke zu tragen, die auf eine religiöse Zugehörigkeit verweisen. Im April 2011 trat ein Gesetz in Kraft, das die Gesichtverschleierung im öffentlichen Raum verbietet.

sche Mitgestaltung zu beanspruchen. Für 84 Prozent der Bevölkerung ist dieses Prinzip das wichtigste Element der französischen Identität. Über 80 Prozent sehen den Laizismus heute jedoch bedroht.⁷⁵ Politisch geht diese Angst mit dem Vorwurf einher, der Staat erfülle nicht mehr seine genuine Funktion als Hüter der nationalen Identität.

Das katholische Frankreich und der Islam

Eine Gruppe empfindet besonders starkes Unbehagen gegenüber dem Islam: diejenigen Katholiken, die sich selbst als »engagierte Katholiken« bezeichnen. Sie machen etwa 23 Prozent der französischen Bevölkerung aus.⁷⁶ Mehr als die Hälfte der engagierten Katholiken (55 Prozent) betrachtet die Existenz einer muslimischen Gemeinschaft im Land als Bedrohung für Frankreichs Identität. Mehr als zwei Drittel (71 Prozent) sind der Ansicht, Einfluss und Sichtbarkeit des Islam seien zu groß. In der Gesamtbevölkerung sehen dagegen nur 47 Prozent die Identität Frankreichs bedroht, während 63 Prozent den Einfluss des Islam als zu groß empfinden. Auch der Bau neuer Moscheen sowie die muslimische Kleiderordnung werden von Katholiken stärker zurückgewiesen als von der übrigen Bevölkerung.⁷⁷ Ein weiteres Indiz für das schwierige Verhältnis der französischen Katholiken zum Islam ist ihre Meinung zur Aufnahme von

Migranten. Im Frühjahr 2016 zeigten sich lediglich 38 Prozent der engagierten Katholiken bereit, muslimische Flüchtlinge aufzunehmen. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn es um Christen geht, die etwa aus Mossul geflohen sind. 67 Prozent der engagierten Katholiken heißen sie in Frankreich willkommen.⁷⁸

Weiter verschlechtert hat sich diese Haltung zum Islam seit dem Anschlag von Saint-Étienne-du-Rouvray. Am 26. Juli 2016 drangen zwei Dschihadisten in die Kirche der nordfranzösischen Stadt ein und ermordeten den Priester Jacques Hamel. Fast die Hälfte der engagierten Katholiken sieht den Islam seither als Bedrohung (gegenüber 33 Prozent der Gesamtbevölkerung). Entsprechend stark sind die Forderungen von dieser Seite, der Staat möge für die Sicherheit im Land sorgen und den Kampf gegen den Terrorismus intensivieren.⁷⁹

Der Front National hat die Angst dieser Gruppe erkannt und spricht die Katholiken gezielt an. Er profitiert dabei zusätzlich von dem Umstand, dass diese Wählergruppe auch ihren traditionellen Wertekanon bedroht sieht. Zweifach geschieden, überlässt Marine Le Pen hier das Feld ihrer Nichte Marion Maréchal-Le Pen, die sich in Fragen der Familienpolitik besonders konservativ gibt. Im Unterschied zu Marine Le Pen hat sie sich etwa gegen die seit 2013 rechtlich verankerte Gleichstellung eingetragener homosexueller Partnerschaften mit der Ehe (*mariage pour tous*) ausgesprochen; sie beteiligte sich auch an Demonstrationen gegen das Gesetz. Der Entwurf dazu, den die regierenden Sozialisten vorgelegt hatten, löste landesweit Proteste aus und brachte die Bewegung »*Manif pour tous*« (Demo für alle) hervor, die maßgeblich von der katholischen Kirche getragen wurde. Diese inhaltliche Nähe nutzt Maréchal-Le Pen, um sich als Fürsprecherin von Frankreichs Katholiken zu inszenieren. Am Tag nach der Ermordung von Jacques Hamel schrieb sie in der Tageszeitung »*Le Figaro*«, in Frankreich sehe man nun die Anfänge jener Gewalttaten, denen christliche Minderheiten in Ländern wie Libyen und Syrien ausgesetzt seien. Die Christen müssten sich bewusst

⁷⁵ Diese Zahlen stammen aus einer Umfrage, die im Mai 2016 durchgeführt wurde. 2009 unterstützten 61 Prozent die Trennung von Kirche und Staat; 2005 sahen 58 Prozent diese in Gefahr. Vgl. dazu Jérôme Fourquet/Jean-Philippe Dubrulle, *Les Français et la laïcité*, Paris: Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, Paris: Ifop, November 2015, S. 10f, <www.ifop.fr/media/poll/3232-1-study_file.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁷⁶ Anne-Bénédicte Hoffner/Gauthier Vaillant, »Qui sont vraiment les catholiques de France«, in: *La Croix*, 11.1.2017, <www.la-croix.com/Religion/France/Qui-sont-vraiment-catholiques-France-2017-01-11-1200816414> (Zugriff am 26.1.2017).

⁷⁷ Nicht immer hatten die französischen Katholiken eine derart große Angst vor dem Islam. Die Ablehnung neuer Moscheen stieg bei ihnen zwischen 2012 und 2016 um 15 Prozentpunkte, die Ablehnung der muslimischen Kleiderordnung um 13 Punkte. Im Oktober 2012 empfanden »nur« 60 Prozent von ihnen den Islam als zu stark; 40 Prozent lehnten den Bau von Moscheen ab. Vgl. dazu Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Le rapport des catholiques à l'islam en France*, Paris: Ifop, August 2016 (Ifop Focus, Nr. 40), S. 2ff, <www.ifop.fr/media/pressdocument/924-1-document_file.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁷⁸ Ebd. 42 Prozent der französischen Gesamtbevölkerung lehnten im Mai 2016 die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge ab.

⁷⁹ Ebd., S. 7f. Im Februar 2015, nach den Anschlägen auf die Satirezeitschrift »*Charlie Hebdo*«, waren zwei Drittel der engagierten Katholiken dagegen, Muslime mit Islamisten gleichzusetzen. Sie unterschieden sich damit nicht vom Rest der französischen Gesellschaft. Nach dem Anschlag von Saint-Étienne-du-Rouvray akzeptierten nur noch 49 Prozent der engagierten Katholiken diese Differenzierung.

sein, »dass Notwehr vernünftig und wünschenswert ist.«⁸⁰ Eine andere Führungsperson der Partei bekundete über Twitter: »Sehr viele Christen sind in Frankreich zum Kampf bereit. Ich, unter anderem.«⁸¹

Es scheint, als zahle sich diese Fürsprache aus. In keinem anderen Wählermilieu hat der FN mehr Zulauf erfahren. 2015 konnte er zwischen den Départementwahlen von März und den Regionalwahlen im Dezember bei den Katholiken erheblich dazugewinnen. Unter den praktizierenden Katholiken stimmten im Dezember 25 Prozent für den FN (plus 9 Punkte); bei den nichtpraktizierenden lag der Stimmenanteil bei 34 Prozent (plus 6 Punkte).⁸² Dabei gilt zu berücksichtigen, dass zur Gruppe der Nichtpraktizierenden durchaus auch »engagierte Katholiken« gehören, die gerade deshalb empfänglich sind für die Versprechen des FN, weil ihre Bindung zur Institution Kirche weniger stark ist. Derzeit gelingt es der Partei, anti-islamische laizistische Positionen mit der Pflege der konservativ-katholischen (oft nicht laizistischen) Wählergruppe zu vereinen.

Konservativer Wertewandel

Die Terroranschläge der Jahre 2015 und 2016 haben Frankreich verändert. Sie rückten nicht nur die identitätsstiftende Wirkung der Laizität in den Vordergrund. Der Kampf gegen den Terrorismus ist für die Mehrheit der Franzosen nach wie vor das vordringliche politische Anliegen. Es rangiert vor dem Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Auf Platz drei der Prioritäten steht für die Bevölkerung der Kampf gegen Kriminalität, auf Rang fünf das Thema Migration. Die Hälfte der Franzosen sieht ihr Land weiterhin im »Kriegszustand« und hält sicherheitspolitische Maßnahmen für wichtiger als individuelle Freiheitsrechte.⁸³

Bei diesem Befund darf allerdings nicht übersehen werden, dass sich die Werte in der französischen Gesellschaft lange vor den terroristischen Anschlägen nach rechts verschoben hatten. Eine im Juni 2013 veröffentlichte Studie zeigte diese Tendenz bereits deutlich. So stieg die Akzeptanz der Aussage, in Frankreich lebten zu viele Immigranten, zwischen 2006 und 2013 von 53 Prozent auf 66 Prozent. Ebenfalls zwei Drittel der Franzosen fühlten sich 2013 »nirgendwo mehr sicher«. Damit war der Anteil jener, die ein Gefühl der Unsicherheit beklagen, zwischen 2006 und 2013 um 24 Prozentpunkte gestiegen.⁸⁴ Parallel dazu sind die Rufe lauter geworden, Polizei und Justiz sollten rigorosere gegen organisierte Kriminalität wie auch gegen Kleinkriminalität vorgehen. 85 Prozent der Franzosen fordern heute ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte (72 Prozent im Jahr 2004).⁸⁵

Dieser Wertewandel spielt dem FN in die Hände. Seit Jahren spricht sich die Partei dafür aus, das Budget der Sicherheitsbehörden um 25 Prozent zu erhöhen, den ab 2005 vorgenommenen Personalabbau bei Polizei und Gendarmerie, die zusammen etwa 13 000 Stellen verloren,⁸⁶ rückgängig zu machen und die Ausstattung der Sicherheitsorgane deutlich zu verbessern. Zu Marine Le Pens Kernforderungen gehören »null Toleranz« gegenüber Verbrechern, die Begrenzung der Einwanderung auf 10 000 Migranten pro Jahr sowie die strikte Anwendung des Prinzips der Laizität – was etwa verbieten würde, Kultstätten wie Moscheen und Kirchen durch öffentliche Gelder zu unterstützen.⁸⁷

Dass diese Haltung einen Zuspruch erfährt, der weit über die angestammte Klientel des FN hinausreicht, verdeutlichen Umfragen von Dezember 2016. Danach attestieren die französischen Wählerinnen und Wähler dem FN unter allen Parteien die höchste Problemlösungskompetenz bei den Themenfeldern Sicherheit und Verteidigung sowie Immigration. Rund 28 Prozent der Befragten schrieben der Partei die Fähigkeit zu, die sicherheitspolitischen Herausforderungen zu

⁸⁰ Emmanuel Galiero, »Marion Maréchal-Le Pen veut mobiliser les consciences contre l'islam«, in: *Le Figaro*, 27.7.2016, <www.lefigaro.fr/politique/2016/07/27/01002-20160727ARTFIG00308-marion-marechal-le-pen-veut-mobiliser-les-consciences-contre-l-islamisme.php> (Zugriff am 26.1.2017).

⁸¹ Zitiert nach Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Rapport des catholiques à l'islam en France* [wie Fn. 77], S. 9.

⁸² Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Premier tour des régionales* [wie Fn. 40], S. 3.

⁸³ Jérôme Fourquet, *Les Priorités des Français*, Paris: Fondation Jean-Jaurès, 24.8.2016, S. 1, <https://jean-jaures.org/sites/default/files/notefjj-prioritesfrancais_hd.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁸⁴ Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Enquête sur la droitisation des opinions publiques européennes*, Paris: Ifop, Juni 2013, S. 2, 4, <www.ifop.com/media/poll/2255-1-study_file.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁸⁵ Fourquet, *Les Priorités des Français* [wie Fn. 83], S. 3.

⁸⁶ Assemblée Nationale, *Rapport fait au nom de la Commission des finances, de l'économie générale et du contrôle budgétaire sur le projet de loi de finances pour 2015* (no 2234) par Mme Valérie Rabault, Rapporteur Générale, Députée, Annexe no 43, Sécurité, S. 29, <www.assemblee-nationale.fr/14/pdf/budget/plf2015/b2260-tIII-a43.pdf> (Zugriff am 26.1.2017).

⁸⁷ Marine Le Pen, *Mon Project* [wie Fn. 56]; Marine Le Pen, *Au nom du peuple* [wie Fn. 57].

bewältigen, denen sich Frankreich gegenübersteht. Mit deutlichem Abstand folgen Les Républicains (knapp 19 Prozent); keine der übrigen Parteien erhielt Zustimmungswerte über 10 Prozent.⁸⁸ Noch eklatanter fiel die Bewertung beim Themenfeld Immigration aus. Hier bescheinigten zwei Drittel der Befragten dem FN Lösungskompetenz. Die konservativen Républicains, deren Präsidentschaftskandidat Fillon zum Zeitpunkt der Befragung bereits nominiert war, liegen mit nicht einmal 8 Prozent abgeschlagen auf Platz drei. Rund 13 Prozent der Befragten trauten keiner Partei zu, das Thema adäquat anzugehen.⁸⁹

Der Wertewandel in der Gesellschaft macht sich auch an der Wahlurne bemerkbar. Die neuen Wählerinnen und Wähler des FN zeichnet eine Radikalisierung aus, was die Themen Einwanderung und Islam angeht. So meinen etwa 72 Prozent jener Wähler, die von den LR zum FN gewechselt sind, es gebe zu viele Immigranten in Frankreich (im Vergleich zu 79 Prozent der traditionellen Wählerinnen und Wähler des FN). 65 Prozent von ihnen empfinden den Islam als Bedrohung (gegenüber 69 Prozent der traditionellen FN-Anhänger) und halten es für das dringendste politische Anliegen, die Zahl der Ausländer in Frankreich zu verringern. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei ehemaligen Anhängern der Parti Socialiste. Für 73 Prozent jener Wähler, die von der PS zum FN wechselten, gibt es zu viele Migranten in Frankreich; 68 Prozent sehen den Islam als Bedrohung.⁹⁰

Der Front National profitiert also von einem gewandelten Verhältnis zwischen Staat und Religion in Frankreich. Während der vergangenen zehn Jahre hat die zunehmende Sichtbarkeit des Islam einen Wertewandel hervorgerufen. Angst und Unsicherheit lassen die Bevölkerung immer stärker nach restriktiven Maßnahmen rufen. Die Sorge wächst, dass der Staat und die etablierten Parteien nicht mehr in der Lage sind, die Identität Frankreichs wie auch die persönliche Sicherheit der Bürger zu schützen. Durch die Terroranschläge wurde dieser Wandel weiter befördert, der

viele Wählerinnen und Wähler in die Arme des FN treibt. Die kompromisslose Haltung der Partei zu Immigration und Islam sowie ihr Fokus auf das Thema innere Sicherheit werden immer stärker honoriert; der Partei gelingt es, sich in der Rolle einer Verteidigerin französischer Identität zu etablieren. Dass sich die französischen Katholiken in besonderem Maße vom Islam bedroht sehen, hat der FN augenscheinlich besser erkannt als die übrigen Parteien des Landes. Überdies bietet er den Katholiken auch Schutz in einigen weltlichen Fragen an, was ihm hohe Zustimmungsraten bei ihnen beschert. Es bleibt abzuwarten, ob der bekennende Katholik Fillon diese Wähler zurückgewinnen kann.

Stadt-Land: Das »vergessene« Frankreich

Die Stadt-Land-Konfliktlinie verlief traditionell zwischen ländlichen Agrarinteressen und wirtschaftlichen Interessen der Städte. Ursprünglich als Land-Industrie-Cleavage bezeichnet, bildete diese Bruchlinie den Interessenkonflikt ab, der zwischen großgrundbesitzendem Landadel und bürgerlichem Industrieunternehmertum in den Städten bestand.⁹¹

Im heutigen Frankreich konzentrieren sich die ländlichen Interessen auf die Themen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Die Angst vor dem sozialen Abstieg breitet sich aus. Frankreich ist in starkem Maße urban geprägt. 49,6 Millionen Franzosen wohnen in der Stadt, nur 14,4 Millionen auf dem Land.⁹² Zwischen Stadt und Land hat sich zudem ein »dritter Raum« herausgebildet, in dem heute bereits mehr Menschen leben als auf dem Land: der »espace péri-urbain« (ein Kofferwort aus peripher und urban, zu Deutsch etwa suburbaner, vorstädtischer Raum).

⁹¹ Peter M. Siavelis, »Party and Social Structure«, in: Katz/Crotty (Hg.), *Handbook of Party Politics* [wie Fn. 44], S. 359–371 (360).

⁹² Die Pariser Metropolregion hat 10 Millionen Einwohner; weitere 11,3 Millionen Menschen leben in grenz- oder küstennahen Großstädten mit mehr als 400 000 Einwohnern, von denen es 13 in Frankreich gibt. Damit entfallen 43,8 Prozent der französischen Stadtbevölkerung auf 14 Großstädte und deren Umland. Vgl. dazu Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE), *La France et ses territoires*, Paris 2015, S. 24, <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/1373022/FST15.pdf>> (Zugriff am 4.11.2016); François Clanché/Odile Rascol, »Le découpage en unités urbaines de 2010. L'espace urbain augmente de 19% en une décennie«, in: *Insee Première* 1364, August 2011, <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/1280970>> (Zugriff am 2.1.2017).

⁸⁸ CEVIPOF, *Dynamiques politiques 2014–2017, Le Baromètre des priorités politiques, L'état de la France, Les partis politiques les plus aptes à s'occuper des problèmes les plus importants pour la France, »Sécurité et Défense«*, <www.cevipof.com/fr/dynamiques-politiques/mip/partismip/> (Zugriff am 26.1.2017).

⁸⁹ CEVIPOF, *Dynamiques politiques 2014–2017, Le Baromètre des priorités politiques, L'état de la France, Les partis politiques les plus aptes à s'occuper des problèmes les plus importants pour la France, »Immigration«*, <www.cevipof.com/fr/dynamiques-politiques/mip/partismip/> (Zugriff am 26.1.2017).

⁹⁰ Jaffré, »Les nouveaux électeurs du Front National« [wie Fn. 43], S. 4–7.

Zwischen 1990 und 2010 wuchs dieser Raum, der in Statistiken weiterhin als »städtisch« geführt wird, von 9 auf 15 Millionen Einwohner an.⁹³ Prognosen zufolge wird er sich künftig um 2 bis 9 Prozent jährlich ausweiten.⁹⁴

Das ländliche Frankreich ist meist alt; zugleich sieht es sich einem Rückzug öffentlicher Dienstleistungen ausgesetzt. Schulen und Krankenhäuser sind oft schwer erreichbar, in vielen Gegenden mangelt es an Ärzten.⁹⁵ Im nationalen Durchschnitt kommen in Frankreich auf 100 000 Einwohner 292 Ärzte. Départements mit urbaner Prägung sind jedoch deutlich besser versorgt als ländliche. Im ostfranzösischen Département Ain etwa gibt es für 100 000 Einwohner gerade einmal 168 Ärzte.⁹⁶

Der periurbane Raum umfasst Gemeinden, die von einem oder mehreren städtischen Zentren abhängig sind und etwa 40 bis 50 Kilometer von der nächsten Großstadt entfernt liegen.⁹⁷ In den »Periurbains« sind die Lebenshaltungskosten vergleichsweise niedrig. Hier siedeln sich sowohl Menschen aus der unteren Mittelschicht an, die sich den Traum vom Eigenheim erfüllen, als auch Angehörige der Unterschicht, die meist arbeitsuchend oder prekär beschäftigt sind und sich das Leben in der Stadt nicht (mehr) leisten können.⁹⁸ Während die mittelständischen Vorstadtsiedler vielfach ihren Arbeitsplatz in der Großstadt behalten und dort auch die öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen,⁹⁹ bieten die monofunktionalen,

infrastrukturschwachen Wohngebiete der Periurbains den Angehörigen der Unterschicht weder Konsum- noch Arbeitsmöglichkeiten.¹⁰⁰ Wer hier nicht mobil ist, etwa weil der örtliche Bahnhof geschlossen wurde und die Anschaffung eines Autos zu teuer ist, droht den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu verlieren.¹⁰¹

Vorstädtischer Raum als FN-Hochburg

Seit den Präsidentschaftswahlen von 2002 ist der periurbane Raum die Hochburg des FN.¹⁰² Hier konnte die Partei im Dezember 2015 durchschnittlich 34 Prozent der Stimmen in Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern und 33 Prozent in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern gewinnen.¹⁰³ In der Hauptstadtregion Île-de-France erzielte der FN 2015 seine besten Ergebnisse in jenen Gemeinden, die am weitesten von Paris entfernt liegen und keinen direkten Anschluss an den Bahnverkehr besitzen (durchschnittlich 41,4 Prozent).¹⁰⁴ Im rund 50 Kilometer westlich vom Pariser

⁹³ Gérard Larcher, *Rapport d'information. C. La nouvelle définition Insee et le zonage en aires urbaines*, Paris 1998, <<https://www.senat.fr/rap/r97-415/r97-4155.html>> (Zugriff am 7.11.2016); Centre d'observation de la société (Hg.), *Ville, campagne, périurbain, qui vit où?*, 28.11.2013, <www.observationsociete.fr/ville-campagne-p%C3%A9riurbain-qui-vit-o%C3%B9> (Zugriff am 2.1.2017).

⁹⁴ Jean-Pierre Gonguet, »Zones périurbaines: 15 millions de Français délaissés«, in: *La Tribune*, 30.9.2016, <www.latribune.fr/actualites/economie/france/20130930trib000787925/zones-periurbaines-15-millions-de-francais-delaisses.html> (Zugriff am 23.12.2016).

⁹⁵ Laurent Dupuis, »Des mesures incitatives contre la désertification rurale«, in: *La Croix*, 8.4.2015 <www.la-croix.com/Actualite/France/Des-mesures-incitatives-contre-la-desertification-rurale-2015-04-08-1300147> (Zugriff am 7.11.2016).

⁹⁶ Conseil national de l'Ordre des médecins (Hg.), *Démographie médicale interactive*, <<http://demographie.medecin.fr/demographie>> (Zugriff am 31.12.2016).

⁹⁷ INSEE, *Commune périurbaine. Définition*, <www.insee.fr/methodes/default.asp?page=definitions/commune-periurbaine.htm> (Zugriff am 2.1.2017).

⁹⁸ Perrineau, *La France au Front* [wie Fn. 3], S. 152–155.

⁹⁹ Ebd., S. 154.

¹⁰⁰ Geoffrey Caruso, *Peri-urbanisation. The Situation in Europe. Report prepared for the DATAR, Délégation à l'Aménagement du Territoire et à l'Action Régionale, Ministère de l'Aménagement du Territoire et de l'Environnement*, Dezember 2001, S. 77, <http://publications.uni.lu/bitstream/10993/10153/1/Caruso_PeriUrbanEuropeDATAR.pdf> (Zugriff am 6.1.2017).

¹⁰¹ Laurent Cailly, *Le périurbain au centre de la question urbaine*, Vortrag an der Académie de Paris, 25.4.2013. Protokoll, Paris 2013, <https://www.ac-paris.fr/portail/jcms/p1_731483/le-periurbain-au-centre-de-la-question-urbaine> (Zugriff am 7.11.2016); Ministère de l'environnement, de l'énergie et de la mer (Hg.), *Développement durable. Etalement urbain*, 18.1.2010, <www.developpement-durable.gouv.fr/Les-problemes-que-pose-le-etatement.html> (Zugriff am 7.11.2016).

¹⁰² Loïc Ravenel/Pascal Buléon/Jérôme Fourquet, *Le grand péri urbain, nouvelles terres de progression du vote Le Pen*, Januar 2005, <www.cevipof.com/fichier/p_publication/481/publication_pdf_afsp2004trame.pdf> (Zugriff am 7.11.2016); KANTAR TNS, *Présidentielle 2007. Le vote FN: historique, sociologie et enjeux*, 4.1.2007, <www.tns-sofres.com/publications/presidentielle-2007-le-vote-fn-historique-sociologie-et-enjeux> (Zugriff 7.11.2016).

¹⁰³ franceinfo, *Régionales 2015. Qui sont les électeurs du FN?*, undatiert, <www.francetvinfo.fr/politique/front-national/regionales-2015-qui-sont-les-electeurs-du-fn_1227747.html> (Zugriff am 7.11.2016).

¹⁰⁴ Dieser Trend zeigte sich auch bei den Europawahlen 2014. Hier schnitt der FN in Gemeinden mit wenigen bis gar keinen öffentlichen Dienstleistern deutlich besser ab als in solchen mit starker öffentlicher Infrastruktur. Vgl. dazu Ifop (Hg.), *L'influence de l'isolement et de l'absence de services et commerces de proximité sur le vote FN en milieu rural*, Paris: Ifop, März 2016 (Ifop Focus Nr. 135), <www.ifop.com/media/press-document/896-1-document_file.pdf> (Zugriff am 30.12.2016).

Stadtkern gelegenen Mantes-la-Ville stellt der FN seit 2014 sogar den Bürgermeister. Überdies konnte die Partei im vorstädtischen Raum selbst in Regionen punkten, die ihr bislang kaum zugeneigt waren. In der Bretagne etwa erzielte sie ihre besten Ergebnisse in Saint-Méen-le-Grand (23,5 Prozent) und in Plélan-le-Grand (22,7 Prozent) – zwei Gemeinden, die beide rund 40 Kilometer von der Regionalhauptstadt Rennes entfernt liegen.¹⁰⁵

Aus zwei Gründen ist der FN im vorstädtischen Raum so erfolgreich. Zum einen spricht er die Ängste vor sozialem und beruflichem Abstieg an, die die Bewohner des periurbanen Frankreich eint.¹⁰⁶ Dies verdeutlichen die hohen Zustimmungsraten, die Kernpositionen des FN hier finden, vor allem bei den Themen Immigration und innere Sicherheit.¹⁰⁷ Zum anderen verspricht die Partei Lösungen für die dringendsten Probleme dieses Raumes: Niedergang öffentlicher und wirtschaftlicher Strukturen, geringes Einkommen, fehlende Arbeitsplätze vor Ort, zunehmende Kleinkriminalität. Um Abhilfe zu schaffen, fordert der FN, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zu beenden, insbesondere mit Blick auf Schulen, Post und Bahnverkehr. Durch ein Moratorium will die Partei verhindern, dass noch bestehende Leistungen des Staates eingestellt werden. Für den FN gilt die »Gleichheit aller vor dem öffentlichen Dienst«, egal ob in der Stadt oder auf dem Land.¹⁰⁸ Der Kleinhandel soll gezielt gestärkt, dem Mangel an Ärzten durch eine Absenkung des Numerus clausus für Medizinstudenten entgegengewirkt werden.¹⁰⁹

Verankerung im ländlichen Raum

Auch auf dem Land verfangen solche Forderungen schon lange. Hier ist der FN im Nordosten Frankreichs und in den Gemeinden entlang der Mittelmeerküste fest verankert; hier bekommt er teils über 60 Prozent der Stimmen.¹¹⁰ In Gemeinden mit weniger als 1000

Einwohnern, wo die Landwirtschaft primäre Einkommensquelle ist, wählen ihn 35 Prozent der Bauern – eine Gruppe, die traditionell für die konservativen LR bzw. deren Vorgänger stimmte.¹¹¹ Auf dem Land stellt der FN die Mehrheit seiner elf Bürgermeister, die 2014 ins Amt gewählt wurden. In den betreffenden Gemeinden sind 73 Prozent der Einwohner mit der Amtsführung ihrer FN-Bürgermeister zufrieden; 60 Prozent wollen künftig FN wählen. Als Grund für ihre vergangene Wahlentscheidung gaben 50 Prozent der Befragten die schlechte Amtsführung des bisherigen Bürgermeisters an; 35 Prozent waren mit der Politik von Präsident Hollande unzufrieden; 34 Prozent votierten für den FN, weil sich ihre Gemeinde in einer schlechten Wirtschafts- und Finanzlage befindet. Auf diesem Gebiet wird der Partei also Lösungskompetenz zugestanden.¹¹²

Seine Präsenz auf Gemeinde- und Regionalebene konnte der FN zuletzt massiv ausweiten. Seit den Gemeindewahlen 2014 stellt er 1544 Stadt- und Gemeinderäte (zuvor 59); bei den Regionalwahlen 2015 gewann er 358 Regionalrats-Sitze (vormals 118).¹¹³ Die Partei plädiert für eine Wiederbelebung und Reindustrialisierung der ländlichen Gebiete; erreicht werden soll dies durch staatliche Planung, etwa in Form eines Interventionsfonds für die französische Landwirtschaft. Bewusst inszeniert sich der FN als Interessenvertreter eines kleinstädtisch-ländlichen, abstiegsgefährdeten »Frankreich der Vergessenen«.¹¹⁴ Im Rah-

francetvinfo.fr/elections/regionales/carte-regionales-les-communes-ou-le-fn-a-obtenu-ses-meilleurs-scores-au-second-tour_1221691.html> (Zugriff am 7.11.2016).

111 Pascal Perrineau, »La dynamique du Front national«, in: *L'enquête électorale française: Comprendre 2017*, Paris: CEVIPOF, Dezember 2015, S. 2, <www.eneff.fr/app/download/12760649325/LA_NOTE_%232_vague1.pdf?t=1449846374> (Zugriff am 7.11.2016); Conseil d'architecture d'urbanisme et d'environnement – Fédération nationale, *La planification en milieu rural et les acteurs du conseil*, 28.2.2013, <www.reseaurural.fr/files/pptbordeaux280213yh.pdf> (Zugriff am 7.11.2016).

112 Ifop, *Le regard des habitants des communes FN un an après les élections municipales*, Paris, März 2015, <www.ifop.com/media/poll/2961-1-study_file.pdf> (Zugriff am 28.2.2017).

113 Mathieu Dehlinger, *Le FN compte désormais plus de conseillers régionaux que le PS*, 15.12.2015, <www.francetvinfo.fr/politique/front-national/le-fn-compte-desormais-plus-de-conseillers-regionaux-que-le-ps_1224099.html> (eingesehen am 2.1.2017).

114 Front National, *Tour de France des Oubliés*, 27.9.2013, <www.frontnational.com/terme/tour-de-france-des-oublies> (Zugriff am 29.12.2016); »À Brachay, Marine Le Pen parle à la »France des oubliés«, in: *Le Point*, 4.9.2016, <www.lepoint.fr/presidentielle/a-brachay-marine-le-pen-parle-a-la-france-des-oublies-04-09-2016-2065757_3121.php> (Zugriff am

105 Ebd.

106 Perrineau, *La France au Front* [wie Fn. 3], S. 154.

107 59 Prozent der in Vorstädten lebenden Französischen und Franzosen stimmen etwa der Aussage zu, es gebe zu viele Einwanderer im Land (gegenüber 44 Prozent in urbanen Zentren); 44 Prozent sind für die Wiedereinführung der Todesstrafe (31 Prozent in urbanen Zentren). Vgl. ebd., S. 156f.

108 Front National (Hg.), *Notre Projet* [wie Fn. 37]; Marine Le Pen, *Au nom du peuple* [wie Fn. 57].

109 Front National (Hg.), *Notre Projet* [wie Fn. 37].

110 Mathieu Dehlinger, *CARTE. Régionales: les communes où le FN a obtenu ses meilleurs scores au second tour*, 14.12.2015, <www.

men einer »Tour de France der Vergessenen« besuchen Parteivertreter regelmäßig Kleinstädte und Dörfer.¹¹⁵ Ein Symbol für dieses Engagement ist die Gemeinde Brachay im Nordosten des Landes. Seit 2012 tritt Marine Le Pen zum Ende der französischen Sommerferien in dem Ort auf; im September 2016 startete sie hier ihren Präsidentschaftswahlkampf.¹¹⁶

Anders als der wachsende periurbane Raum bietet das ländliche Frankreich dem FN jedoch keine Entwicklungsperspektive. Es schrumpft beständig. Zwischen 1960 und 2015 hat der ländliche Raum die Hälfte seiner Einwohner verloren.¹¹⁷ Er eröffnet dem FN Möglichkeiten, politische Führungserfahrung zu sammeln und die Menschen von der Handlungsfähigkeit der Partei zu überzeugen. In den Élysée-Palast wird er Marine Le Pen allerdings nicht verhelfen.

Banlieues als Projekt

So hat die Partei ihr nächstes strategisches Ziel ins Visier genommen: die Banlieues. Analog zum ländlichen und zum vorstädtischen Raum sind Ängste vor sozialem Abstieg auch hier dominierendes Thema.

Der FN ist gezwungen, den urbanen Raum für sich zu gewinnen. 54 Prozent der französischen Bevölkerung leben in Städten.¹¹⁸ Hier ist die Partei jedoch nur schwach verankert. 2015 konnte sie in Agglomerationen mit mehr als 50 000 Einwohnern lediglich 19 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.¹¹⁹ Allein in Nizza

und in Marseille, dessen VII. Bezirk von einem FN-Bürgermeister regiert wird, bekam sie mehr als 30 Prozent der Stimmen.¹²⁰

Den Großstädten versucht sich der FN über die Banlieues zu nähern. Mit Hilfe seiner Vorfeldorganisation »Collectif Banlieues Patriotes« zielt er darauf, die Banlieues »ins französische Projekt zu re-integrieren«.¹²¹ Die Partei setzt dabei auf eine Verbesserung der Wohnbedingungen. Alle Hochhäuser, die zwischen 1950 und 1970 erbaut wurden, sollen nach FN-Forderung abgerissen und durch moderne Gebäude ersetzt werden. Die Menschen in den Banlieues sollen künftig vor Ort eine bessere soziale und medizinische Versorgung erhalten; Sozialarbeiter sollen durch Jugendliche unterstützt werden, die ein freiwilliges soziales Jahr leisten. Mit diesen Maßnahmen will der FN auch die Kriminalität eindämmen. Wie den ländlichen Raum rechnet der FN die Banlieues zum »Frankreich der Vergessenen«.¹²²

Der FN hat sein Wählerpotential auf dem Land und in den Periurbains früh erkannt. Anders als die etablierten Parteien spricht er die Probleme beider Räume bewusst an und stellt Lösungen zur Behebung der Schieflagen in Aussicht. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, sich hier fest zu verankern. Um seine Wahlergebnisse weiter steigern zu können, muss der FN allerdings stärker in den städtischen Raum ausgreifen. Dessen langfristige Erschließung strebt die Partei über eine gezielte Politik in den Banlieues an. Der FN versucht somit, beide Pole des traditionellen Stadt-Land-Dualismus zu besetzen. Sein alle Räume übergreifendes Thema ist die Angst der Bevölkerung vor sozialem Abstieg. Gelingt es dem FN, damit auch die städtischen Milieus zu durchdringen, dürfte Marine Le Pen Wahlergebnisse von über 30 Prozent erzielen.

29.12.2016); Front National, *Déplacement de Marine Le Pen dans le Doubs*, 19.2.2013, <www.frontnational.com/2013/02/deplacement-de-marine-le-pen-dans-le-doubs/> (Zugriff am 29.12.2016).

¹¹⁵ Front National, *Tour de France des Oubliés* [wie Fn. 114].

¹¹⁶ Olivier Faye, »Samedi, à Brachay, c'est la fête de Marine«, in: *Le Monde*, 28.8.2015, <www.lemonde.fr/politique/article/2015/08/28/samedi-a-brachay-c-est-la-fete-de-marine_4739214_823448.html> (Zugriff am 29.12.2016).

¹¹⁷ Vgl. hierzu die Statistik der Weltbank. Diese gab den Anteil der ländlichen Bevölkerung Frankreichs 1960 mit 38 Prozent an. 2015 ermittelte sie, dass nur noch 20 Prozent der Franzosen auf dem Land leben. La Banque Mondiale, *Population rural (% de la population totale)*, <<http://donnees.banquemondiale.org/indicateur/SP.RUR.TOTL.ZS?locations=FR>> (Zugriff am 6.1.2017).

¹¹⁸ Clanché/Rascol, »Le découpage en unités urbaines de 2010« [wie Fn. 92].

¹¹⁹ Der Mittelwert für die Wahlen 2015 wurde aus den Ergebnissen berechnet, die der FN in den Städten Paris, Lyon, Marseille, Toulouse, Nizza, Straßburg, Montpellier, Bordeaux und Lille erzielte. Vgl. hierfür Ministère de l'intérieur (Hg.), *Résultats des élections régionales 2015*, <[www.inte-](http://www.inte-rieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Regionales/elecresult__regionales-2015/(path)/regionales-2015/index.html)

[rieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Regionales/elecresult__regionales-2015/\(path\)/regionales-2015/index.html](http://www.intérieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Regionales/elecresult__regionales-2015/(path)/regionales-2015/index.html)> (Zugriff am 7.11.2016).

¹²⁰ Ebd. Der FN erreichte 36,1 Prozent in Nizza und 38,5 Prozent in Marseille.

¹²¹ Banlieues patriotes, *Le texte fondateur*, undatiert, <www.banlieuespatriotes.fr/presentation/> (Zugriff am 10.12.2016). Im Präsidentschaftsprogramm von 2017 hat Marine Le Pen diese Vorhaben ausgeweitet. Vgl. dazu Front National (Hg.), *Notre Projet* [wie Fn. 37], Punkte 139–144.

¹²² Banlieues patriotes, *La France à l'heure du choix. Manifeste pour une république apaisée*, November 2016, S. 25ff, <www.banlieuespatriotes.fr/wp-content/uploads/2016/11/Manifeste-BP.pdf> (Zugriff am 10.12.2016).

Arbeit-Kapital: Die Rolle des Staates in der Globalisierung

Im Cleavage Arbeit-Kapital stehen traditionell die Forderungen der Arbeiterklasse nach guten Arbeitsbedingungen, fairen Löhnen, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe auf der einen Seite. Ihnen stehen die ökonomischen Interessen der Industrie gegenüber, welche in der Regel auf Marktliberalisierung zielen.¹²³ In Frankreich wurde der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital bzw. zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern lange Zeit vom Staat reguliert. Zahllose Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Armee auf der einen und der französischen Arbeiterschaft auf der anderen Seite hatten bis zum Zweiten Weltkrieg dazu geführt, dass sich das Land in einem erheblichen ökonomisch-sozialen Entwicklungsrückstand befand. Ausgangs des Zweiten Weltkriegs musste Frankreich nicht nur wiederaufgebaut, es musste auch modernisiert werden. Beide Aufgaben übernahm der Staat.

Über 30 Jahre hinweg gelang es den politischen Verantwortungsträgern, das Verhältnis von Arbeit und Kapital so zu regeln, dass das Land hohe Wachstumsraten erzielen und sich zu einer modernen Wohlstandsgesellschaft entwickeln konnte (»Trente Glorieuses«, 1944–1974). Der Staat betrieb eine aktive Industriepolitik, regulierte die Güter- und Finanzmärkte und schuf ein Sozialmodell, das die Gesellschaft als Ganzes aufsteigen ließ (»Montgolfière-Gesellschaft«).¹²⁴

Mitte der 1970er Jahre geriet dieses Modell an seine Grenzen. Das Ende der Wachstumsperiode und die damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit, das Aufkommen der Globalisierung und die Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses erzwangen eine Anpassung des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Bis heute tut sich der französische Staat schwer damit, seine Rolle in diesem Beziehungsgefüge zu finden. In der Wirtschaftspolitik ist die

»Liberalisierung à la française« gescheitert. Mit ihr sollte die interventionistische, strukturlenkende Industriepolitik einer »horizontalen« Politik weichen, die darauf zielt, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern.¹²⁵ Seit über einem Jahrzehnt verschlechtert sich Frankreichs ökonomische Dynamik und Leistungsfähigkeit. Die Wirtschaft des Landes wächst langsamer als im OECD-Durchschnitt, und die Deindustrialisierung schreitet voran.¹²⁶ Das französische Außenhandelsdefizit (30 Milliarden Euro im Jahr 2015) steigt beständig, ebenso die Staatsverschuldung – für 2017 wird der Rekordwert von 97 Prozent des BIP erwartet.¹²⁷ Notwendige Strukturreformen, in zahllosen Sachverständigenberichten angemahnt, werden von den jeweiligen Regierungen verschoben, nur halbherzig angegangen, wieder zurückgenommen oder verwässert.¹²⁸ Folge dieser Politik ist eine hohe Arbeitslosigkeit, die seit Jahren nicht unter 10 Prozent sinkt und insbesondere Jugendliche trifft: 25,1 Prozent der 15- bis 24-jährigen Franzosen waren im Herbst 2016 ohne Job.¹²⁹

In der Sozialpolitik haben die wechselnden Regierungen einen schwerfälligen Übergang vom Sozialmodell der Positionsgleichheit hin zu einem Modell der Chancengleichheit eingeleitet.¹³⁰ Während das

¹²⁵ Uterwedde, »Zwischen Staat und Markt« [wie Fn. 124], S. 184.

¹²⁶ Daniela Schwarzer, »Frankreichs Reformpolitik: Kleine Schritte, großer Druck und wachsende politische Herausforderungen«, in: *ifo Schnelldienst*, 69 (2016) 14, S. 18–21.

¹²⁷ Beliefen sich die Schulden des Staates 2013 noch auf 92 Prozent des BIP, lagen sie zwei Jahre später bereits bei 95,7 Prozent. Dem französischen Leistungsbilanzdefizit von 30,2 Milliarden Euro stand 2015 ein deutscher Exportüberschuss von etwa 250 Milliarden Euro gegenüber. Siehe Angaben der OECD unter <www.oecd.org/eco/outlook/economic-forecast-summary-france-oecd-economic-outlook-november-2016.pdf>, S. 155; Angaben des französischen Statistikamtes INSEE unter <<https://www.insee.fr/fr/statistiques/2011322>> (Zugriff jeweils am 15.3.2017).

¹²⁸ Zu den Reformnotwendigkeiten vgl. Henrik Uterwedde, »Ausnahmestatus in Frankreich: Ist das Land nicht reformierbar?«, in: *ifo Schnelldienst*, 69 (2016) 14, S. 3–6 (5).

¹²⁹ Der Anteil der Industrieproduktion an der Wertschöpfung liegt in Frankreich bei etwa 12,5 Prozent (2011). 3,1 Millionen Menschen sind in der Industrie beschäftigt. Im Jahr 2000 hatte die Industrieproduktion noch 18 Prozent beigesteuert und mehr als 5 Millionen Menschen Arbeit gegeben. Vgl. Louis Gallois, *Pacte pour la compétitivité de l'industrie française. Rapport au Premier Ministre*, Paris, 5.11.2012, S. 9, <www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/124000591.pdf> (Zugriff am 15.3.2017).

¹³⁰ François Dubet, »Égalité des Places, Égalité des Chances«, in: *Études*, 414 (2011) 1, S. 31–41.

¹²³ Mair, »Cleavages« [wie Fn. 44], S. 372.

¹²⁴ Analog zu einem Heißluftballon (Montgolfière) steigen alle gesellschaftlichen Schichten in gleichem Maße auf. Vgl. entsprechend Philippe Estèbe, »Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells«, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.), *Länderbericht Frankreich* [wie Fn. 46], S. 210. – Ein weiteres Instrument, mit dem der französische Staat die Modernisierung des Landes erfolgreich vorantrieb, war die Politik der Nationalisierung. Sie ließ einen umfangreichen staatlichen Sektor mit großen Monopolunternehmen entstehen. Vgl. dazu Henrik Uterwedde, »Zwischen Staat und Markt. Frankreichs Wirtschaftsmodell im Wandel«, in: Kimmel/Uterwedde (Hg.), *Länderbericht Frankreich* [wie Fn. 46], S. 174f.

alte Modell jedem Bürger eine durch seinen Status abgesicherte soziale Position (und Würde) verliehen hat, setzt die liberalere Logik des neuen Sozialmodells die Bürger in Wettbewerb zueinander. Die Mechanismen des Marktes dehnen sich so auf alle Bereiche des sozialen Lebens aus: Bildung, Arbeit, Wohnen, Konsum. Während sich in der Bevölkerung das Gefühl ausbreitet, der globalisierten Welt ausgeliefert zu sein, fällt es den Institutionen des korporatistischen Wohlfahrtsstaates schwer, sich der neuen Logik anzupassen. Streiks lähmen das Land; allein im Jahr 2016 gab es rund 800 davon.¹³¹ Für die Franzosen wird es immer kostspieliger, Besitzstände in einer Welt des Wettbewerbs zu wahren.¹³²

Angst vor Globalisierung und sozialem Abstieg

In der französischen Gesellschaft haben die Abstiegsängste zugenommen – eine Folge der angespannten wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes. Lediglich ein Drittel aller Französinen und Franzosen gab bei einer Umfrage von Juni 2016 an, ihre Lage habe sich im Vergleich zu jener der eigenen Eltern verbessert. Dieser Einschätzung stehen indes Zahlen entgegen, die belegen, dass für die Hälfte aller Franzosen die Entwicklung positiv verlaufen ist. Es zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Berufsgruppen. Die sozialen Gewinner arbeiten meist in freien Berufen oder sind Arbeitgeber (58 Prozent von ihnen sind aufgestiegen), leitende Angestellte des öffentlichen (52 Prozent) oder privaten Sektors (47 Prozent) oder Landwirte mit großen Betrieben (44 Prozent). Abgestiegen sind hingegen Facharbeiter (zu 32 Prozent), Landwirte mit kleinen Betrieben (30 Prozent), Handwerker (29 Prozent) sowie kleine und mittlere Angestellte im öffentlichen wie im privaten Sektor (22 Prozent).¹³³

Eine zweite Folge, die mit dem Unvermögen des Staates einhergeht, zwischen Arbeit und Kapital zu

vermitteln, ist eine kritische Haltung zur Globalisierung. Für 43 Prozent der Bevölkerung ist die internationale Wirtschaft ursächlich für Frankreichs krisenhafte Lage.¹³⁴ In der Generation der 18- bis 24-Jährigen sind 51 Prozent der Ansicht, Frankreich sei ökonomisch zu sehr vom internationalen Rahmen abhängig. Die Frage, ob sich das Land eher zur Welt öffnen oder sich vor der Globalisierung schützen solle, beantworteten die Franzosen seit Jahren mehrheitlich zugunsten protektionistischer Maßnahmen. Im November 2015 plädierten 41 Prozent für einen besseren Schutz des Landes, nur 30 Prozent votierten für eine stärkere Öffnung. Während die Privilegierten, vor allem aber Angehörige der gehobenen Mittelschicht für eine Öffnung waren, sprachen sich 42 Prozent der unteren Mittelschicht, 46 Prozent der »einfachen Volksschichten« und 58 Prozent der »Benachteiligten« dagegen aus.¹³⁵

Der FN wendet sich gezielt an jene Menschen, die um ihre soziale und wirtschaftliche Position fürchten. Er konzentriert sich dabei auf jene beiden Berufsgruppen, in denen solche Ängste besonders verbreitet sind – die 6,3 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die 5,6 Millionen Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes.¹³⁶

¹³⁴ CSA Research, *Les raisons perçues des difficultés économiques de la France*, 16.5.2013, S. 4, <<https://www.csa.eu/media/1328/opi20130516-les-raisons-percues-des-difficultes-economiques-de-la-france.pdf>> (Zugriff am 19.1.2017).

¹³⁵ Ateliers CSA Research, *L'état du lien social en France fin 2015*, »Français, ce qui vous rassemble est-il plus fort que ce qui vous divise?«, 8.12.2015, S. 20, <<https://www.csa.eu/media/1066/opi20151209-atelier-csa-2015.pdf>> (Zugriff am 19.1.2017).

¹³⁶ Zu den Zahlen für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich vgl. Perrine Mouterde, »Qui sont les ouvriers d'aujourd'hui?«, in: *Le Monde*, 7.6.2016, <www.lemonde.fr/emploi/article/2016/06/07/qui-sont-les-ouvriers-aujourd-hui_4941062_1698637.html> (Zugriff am 19.1.2017). Die angegebene Zahl für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes gibt den Stand von Dezember 2014 wieder. Zu diesem Zeitpunkt umfasste der öffentliche Dienst in Deutschland – das rund 15 Millionen Einwohner mehr hat als Frankreich – etwa 4,9 Millionen Personen. Vgl. dazu Géraldine Russell, »La France, le pays d'Europe qui compte le plus de fonctionnaires«, in: *Le Figaro*, 17.3.2016, <www.lefigaro.fr/economie/le-scan-eco/dessous-chiffres/2016/03/17/29006-20160317ARTFIG00235-la-france-est-elle-un-pays-de-fonctionnaires.php> (Zugriff am 19.1.2017).

¹³¹ Marc Landré, »Malgré la loi travail, les Français ont moins fait grève en 2016«, in: *Le Figaro*, 18.1.2017, <www.lefigaro.fr/social/2017/01/18/20011-20170118 ARTFIG00018-malgre-la-loi-travail-les-francais-ont-moins-fait-greve-en-2016.php> (Zugriff am 19.1.2017).

¹³² Estèbe, »Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells« [wie Fn. 124], S. 221.

¹³³ »L'effet électoral du déclassement social«, in: *L'enquête électorale française: Comprendre 2017*, Paris: CEVIPOF, Juli 2016, S. 3, <https://www.enef.fr/app/download/14088176725/LA_NOTE%2324_vague5.pdf?t=1468919916> (Zugriff am 19.1.2017).

Der FN und die Arbeiterschicht

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 stimmten 30 Prozent der französischen Arbeiterinnen und Arbeiter für Jean-Marie Le Pen. Seither gilt der FN als »Arbeiterpartei«. 20 Jahre später erhielt Marine Le Pen gar 43 Prozent ihrer Stimmen aus diesem Milieu. Dies lässt darauf schließen, dass sich die Partei hier weiter verankern konnte.

Den einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern verspricht Marine Le Pen die Rückkehr zu einem interventionistischen und umverteilenden Staat. Sie fordert, bestimmte Privatunternehmen zu verstaatlichen, die öffentliche Daseinsvorsorge auszuweiten, Mindestlohn wie Renten zu erhöhen und Reiche stärker zu besteuern. Hier unterscheidet sich das Programm des FN nicht sehr von jenem der radikalen Linken in Frankreich. Spezifisch für die Partei ist allein die Forderung, Franzosen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen zu bevorzugen. »99 Prozent des Volkes«, so die Rhetorik des FN, seien vom liberalen Dogma zum Freiwild des Marktes gemacht und der deregulierten Welt schutzlos ausgeliefert worden – man habe sie dem »Triple A« geopfert, wie es in Anspielung auf die Sprache internationaler Rating-Agenturen heißt. Als Antwort will der FN die »Macht der Märkte« brechen, die »liberale Globalisierung« beenden und Frankreichs Souveränität – nicht zuletzt durch einen Ausstieg aus dem Euro – wiederherstellen.¹³⁷

Spätestens seit den Präsidentschaftswahlen von 2002 gibt die französische Arbeiterschicht nicht länger linken Parteien mehrheitlich ihre Stimme. Bereits in den 1980er Jahren setzte die Abkehr von der Parti Socialiste ein, die im Jahrzehnt davor noch über 70 Prozent der Stimmen aus dem Arbeitermilieu auf sich hatte vereinen können.¹³⁸ Heute gelingt es Marine Le Pen, mehr Arbeiter an sich zu binden als die etablierten Parteien PS und LR. Im Dezember 2015 stimmten jeweils nur 25 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter für eine dieser Parteien.¹³⁹

Der Erfolg des FN in dieser sozialen Schicht lässt sich dabei nicht mit der These erklären, es hätte bei

den französischen Arbeitern einen Rechtsruck gegeben. Studien belegen, dass die politische Haltung der Arbeiterklasse kaum von der Mehrheitsmeinung im Land abweicht. 63 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sind der Ansicht, dass den Unternehmen in Frankreich mehr Freiräume gegeben werden müssten (gegenüber 67 Prozent der Gesamtbevölkerung). Der gleiche Anteil bewertet den ökonomischen Liberalismus »eher positiv« (61 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Auch in gesellschaftlichen Fragen sind die Arbeiter nicht »rechter« – im Gegenteil. 77 Prozent halten Homosexualität für akzeptabel (während dies 72 Prozent der Gesamtbevölkerung tun); 65 Prozent würden Ausländern ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene zugestehen (61 Prozent der Gesamtbevölkerung). Allein in Sicherheitsfragen weichen die Arbeiter von der Mehrheitsmeinung ab. Rufe nach mehr Sicherheit und Wiedereinführung der Todesstrafe erfahren bei ihnen ein höheres Maß an Zustimmung. In der Zuwanderung sehen 48 Prozent der Arbeiter eine Chance für Frankreich – und stehen damit wiederum im Einklang mit der Gesamtgesellschaft (49 Prozent).¹⁴⁰

Vielmehr hat der FN seinen Stimmenzuwachs im Arbeitermilieu dem Generationswechsel zu verdanken. Die Partei wird überdurchschnittlich häufig von Arbeiterinnen und Arbeitern gewählt, die ausschließlich das politische Leben seit den 1980er Jahren oder später kennen – Menschen also, die nur erfahren haben, wie die beiden etablierten Parteien der Sozialisten und Konservativen beständig daran scheitern, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen; Menschen, die nicht durch einen eigenen Aufstieg an den Staat und seine Institutionen gebunden sind, sondern hineinsozialisiert wurden in den Wettbewerb zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung; Menschen, die in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in prekären Erwerbsverhältnissen stehen.¹⁴¹ Während der letzten 15 Jahre sind in Frankreich etwa 1,4 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie und der Landwirtschaft verlorengegangen.¹⁴²

¹⁴⁰ Jérôme Fourquet, *Les ouvriers français. Valeurs, opinions et attentes*, Paris: Fondation Jean-Jaurès, November 2009 (Note Nr. 41), S. 3f.

¹⁴¹ 2014 lag die Erwerbslosenquote bei der Arbeiterschaft mit 14,7 Prozent deutlich über dem nationalen Durchschnitt von etwa 10 Prozent. Vgl. dazu Florent Gougou, »Les ouvriers et le vote Front National. Les logiques d'un réalignment électoral«, in: Crépon/Dézé/Mayer (Hg.), *Les faux-semblants du Front national* [wie Fn. 28], S. 323–343; Mouterde, »Qui sont les ouvriers d'aujourd'hui?« [wie Fn. 136].

¹⁴² Mouterde, »Qui sont les ouvriers d'aujourd'hui?« [wie Fn. 136].

¹³⁷ Vgl. dazu auch das Präsidentschaftsprogramm des FN für 2017: Front National (Hg.), *Notre Projet* [wie Fn. 37], Punkte 52, 53, 81, 82, 87.

¹³⁸ Jean-Philippe Huelin, *Où en est le vote ouvrier?*, Paris: Fondation Jean-Jaurès, Januar 2013 (Note Nr. 151), S. 3f und Annexe 1, <https://jean-jaures.org/sites/default/files/huelin_vote_ouvrier.pdf> (Zugriff am 19.1.2017).

¹³⁹ Département Opinion et Stratégies d'Entreprises, *Premier tour des régionales* [wie Fn. 40].

FN und öffentlicher Dienst

In der Frühphase des FN war es eine seiner Forderungen, den öffentlichen Dienst Frankreichs abzubauen. Dieser sollte kein Streikrecht besitzen und auf hoheitliche Funktionen (Polizei, Armee, Justiz) begrenzt werden. Noch 2002 stellte der FN die Unparteilichkeit der Beamten in Frage und warf ihnen vor, Frankreich zu einer »Bananenrepublik« und »einem der korruptesten Länder der Erde« gemacht zu haben.¹⁴³

Unter Marine Le Pen änderten sich Ton und Inhalt schlagartig. Etwa 22 Prozent der französischen Beschäftigten arbeiten für den Staat. Innerhalb der OECD sind, gemessen an der Bevölkerungszahl, nur in Dänemark noch mehr Menschen im öffentlichen Sektor tätig. Angesichts von Frankreichs anhaltender Wirtschaftskrise gerät der öffentliche Dienst immer wieder in die Kritik. Um die staatlichen Ausgaben in Frankreich zu senken, so meint etwa die OECD, sei hier ein drastischer Stellenabbau nötig.¹⁴⁴ Marine Le Pen stellt sich solchen Forderungen entgegen; sie räumt dem öffentlichen Dienst eine zentrale Rolle ein. In ihrem Präsidentschaftsprogramm von 2012 verkündete sie, der öffentliche Dienst sei »eines der wichtigsten Güter, an dem die Franzosen zu Recht sehr hängen«. Dieser »nationale Schatz« sei unter der Regierung von Linken und Konservativen über drei Jahrzehnte »nach und nach zerstört worden«. Beide politische Lager hätten für »europäische Verträge und Direktiven [gestimmt], die in allen Bereichen die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge fordern«.¹⁴⁵ Als Partei der »Aufrichtung des öffentlichen Dienstes« will der FN diesen modernisieren, seine Privatisierung stoppen (durch Neuverhandlung der EU-Verträge) und sicherstellen, dass er in der Fläche erhalten bleibt.¹⁴⁶ Zu den Départementwahlen von März 2015 forderte die Partei, einen »ortsnahen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst« zu bewahren – egal ob es sich um »Poli-

zeistationen, Begegnungsstätten für ältere Menschen, Feuerwachen oder Krankenhäuser« handle.¹⁴⁷

Der FN sieht den öffentlichen Dienst als zentralen Bestandteil eines starken Staates. Dass er Leistungen dieses Sektors bevorzugt den Franzosen zur Verfügung stellen will und auch schon diskriminierende Maßnahmen ergriffen hat,¹⁴⁸ wird von vielen aus dieser Wählergruppe nicht negativ bewertet. Im Gegenteil: Anfang 2017 ergaben Umfragen, dass Marine Le Pen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen eine relative Mehrheit der Stimmen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes erhalten wird. Zwischen 20,7 und 22,2 Prozent könnte die FN-Chefin in dieser Wählergruppe demnach für sich verbuchen. Der konservative Kandidat François Fillon, dessen Wahlprogramm den Abbau von 500 000 Stellen im öffentlichen Dienst vorsieht, liegt hier etwa 2 Punkte hinter Marine Le Pen (18 bis 21 Prozent).¹⁴⁹

Der FN profitiert somit in doppelter Hinsicht von den Verschiebungen, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen Arbeit und Kapital stattgefunden haben. Während die französische Arbeiterschicht kaum mehr auf die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien vertraut, fühlen sich auch viele der kleineren und mittleren Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Marine Le Pen gut aufgehoben. Beiden Gruppen gelobt sie den Erhalt von Arbeitsplätzen und Schutz vor der vermeintlichen Zerstörungskraft des Kapitals.

¹⁴³ Front National, *Pour un avenir français. Programme de gouvernement du Front National*, 2001, S. 186, zitiert nach Delphine Espagno/Stéphane François, »Le Front National et les services publics«, in: Crépon/Dézé/Mayer (Hg.), *Les fauxsemblants du Front national* [wie Fn. 28], S. 212.

¹⁴⁴ OECD Economic Surveys, *France 2015*, Paris: OECD Publishing, 2015, S. 26f, <www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/oecd-economic-surveys-france-2015_eco_surveys-fra-2015-en#page28> (Zugriff am 18.1.2017).

¹⁴⁵ Front National (Hg.), *Notre Projet* [wie Fn. 37].

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Front National, *Face aux trahisons de l'UMP, l'espérance Bleu Marine*, 2015, S. 5, <www.frontnational.com/pdf/8-pages.pdf> (Zugriff am 10.1.2017).

¹⁴⁸ Aus der Stadt Béziers wird etwa berichtet, dass der FN die Verordnung geändert hat, welche die Betreuung von Kindern vor und nach dem Schulunterricht regelt. Steht diese Betreuung nach dem Gesetz allen Kindern zu, so werden in Béziers nur noch Kinder von Eltern berücksichtigt, die einer Beschäftigung nachgehen. Vgl. entsprechend Espagno/François, »Le Front National et les services publics« [wie Fn. 143], S. 218.

¹⁴⁹ Luc Rouban, »Les fonctionnaires face à l'élection présidentielle 2017«, in: *L'enquête électorale française: Comprendre 2017*, Paris: CEVIPOF, Januar 2017, S. 2f, <https://www.eneff.fr/app/download/14993733325/LA_NOTE%2328_vague9.pdf?t=1483524771> (Zugriff am 19.1.2017).

Schlussfolgerungen

Unter der Führung von Marine Le Pen ist es dem FN gelungen, immer mehr Wählerinnen und Wähler an sich zu binden. Die Partei erzielte in den letzten Jahren Ergebnisse um die 25 Prozent – ein Wert, der jenem vieler klassischer Volksparteien in Europa entspricht. Der FN musste in der Vergangenheit die Erfahrung machen, dass auf Zeiten hohen Wählerzuspruchs meist eine Periode folgt, die von herben Stimmverlusten geprägt ist. 1998 etwa konnte die Partei unter Jean-Marie Le Pen bei den Regionalwahlen 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Im Jahr darauf stürzte sie dann bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 5,7 Prozent ab. Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 erzielte Jean-Marie Le Pen ein Ergebnis von 10,4 Prozent; bei den anschließenden Parlamentswahlen musste er sich mit 4,2 Prozent begnügen.

Ein vergleichbares Schicksal dürfte seiner Tochter vorerst nicht beschieden sein. Marine Le Pen profitiert von den Korrekturen, die sie ihrer Partei seit 2011 verordnet hat. Im Rahmen einer Entdiabolisierungsstrategie hat sie den FN weitgehend von jenem plumphen Rechtsextremismus befreit, der den Kurs ihres Vaters bestimmte. Der FN Marine Le Pens will eine moderne Partei sein, die in die Zukunft blickt. Junge, gut ausgebildete und erfolgreiche Menschen, so das erwünschte Image, kämpfen im Front National für ein besseres Frankreich. Wer sich offen rassistisch, antisemitisch oder diskriminierend zeigt, wird öffentlichkeitswirksam aus der Partei ausgeschlossen.

Auch die Sprache des FN erfährt Veränderungen. Der explizit ausländerfeindliche Diskurs Jean-Marie Le Pens wurde ersetzt durch ein republikanisch-egalitäres Narrativ, das die Partei zum Schutzpatron Frankreichs macht. Im »Namen des Volkes« verteidigt Marine Le Pen die Identität, die Werte und die Souveränität des Landes gegen den Islam, gegen korrupte Politiker, die Macht Brüssels und eine vermeintlich ausufernde Globalisierung. Das thematische Portfolio der Partei ist unter Marine Le Pen deutlich erweitert worden. Im Unterschied zu ihrem Vater strebt sie tatsächlich nach Macht und Einfluss. Um Wahlen gewinnen zu können, baut Marine Le Pen den FN inhaltlich mehr und mehr zu einer Volkspartei aus. Heute domi-

nieren wirtschaftliche und soziale Themen das Programm der einstigen Nischenpartei.

Die wichtigste Veränderung, die der FN unter Marine Le Pen erfuhr, ist jedoch zweifelsfrei, dass der Parteidiskurs auf spezifische Wählergruppen zugeschnitten wurde. Besser als die übrigen politischen Kräfte des Landes hat der FN-Führungszirkel erkannt, dass sich die französische Gesellschaft im Umbruch befindet. Dieser Wandel hat neue Wählerinteressen entstehen lassen, die der FN gezielt bedient.

Zeigen lässt sich das durch eine Analyse der klassischen vier Konfliktlinien, mit denen die Cleavage-Forschung seit den 1960er Jahren die Entwicklung der europäischen Parteiensysteme erklärt. So profitiert der FN davon, dass in Frankreich eine neue Spannung im Verhältnis zwischen Staat und Religion entstanden ist, welches bislang durch das seit 1905 geltende Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verregelt war. Die zunehmende Sichtbarkeit des Islam geht einher mit wachsender Verunsicherung über die nationale Identität des Landes, die bislang vom Staat definiert und geschützt wurde. Nicht erst seit den Terroranschlägen von 2015/2016 verlangt ein überwiegender Anteil der Bevölkerung nach identitärer wie physischer Sicherheit. Besonders ausgeprägt ist das Sicherheitsbedürfnis bei den französischen Katholiken. Ihnen verspricht der FN in besonderem Maße Schutz. Entsprechend stark sind seine Zustimmungswerte in diesem Milieu gestiegen.

Den Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Interessen nutzt der FN, um sich als Fürsprecher der Landbevölkerung darzustellen. Seine Angebote richten sich dabei vornehmlich an die Bewohner des vorstädtischen Raumes, der in Frankreich seit Jahren beachtlich wächst. Ein Großteil der Menschen hier fürchtet den sozialen Abstieg; befördert werden solche Ängste – wie auch in den Dörfern – durch einen zunehmenden Mangel an Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Der FN antwortet darauf mit gezielten Strukturprogrammen und dem Versprechen, einen öffentlichen Dienst zu erhalten, der flächendeckend für die Bevölkerung arbeitet. Mittlerweile ist die Partei im vorstädtischen Raum stark verankert; bei den Wahlen von Dezember 2015 erhielt sie hier über 30 Prozent der Stimmen. Einen solchen Zuspruch sucht Marine

Le Pen auch in den Banlieues, wo Menschen ebenfalls die Angst umtreibt, den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu verlieren.

Mit der Forderung nach einem starken öffentlichen Dienst reagiert die Partei auf Veränderungen im Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Der FN wirbt dafür, die Globalisierung zurückzudrängen; damit will er das Land dem Druck entziehen, den staatlichen Sektor abzubauen und zu liberalisieren. Vor allem kleinere und mittlere Angestellte des öffentlichen Dienstes richten sich an diesem Versprechen auf und geben vermehrt dem FN ihre Stimme. Ein starker Staat soll schließlich auch die Wirtschaft des Landes ankurbeln und Industriearbeitsplätze zurückbringen, die in den vergangenen Jahrzehnten massenhaft verloren gingen. Diese Forderungen sprechen insbesondere jene Arbeiterinnen und Arbeiter an, die nach 1980 ins Erwerbsleben getreten sind und seither erleben, dass den etablierten Parteien keine Trendwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelingt. Über 40 Prozent der französischen Arbeiterschaft trauen dem FN zu, ihre prekäre Situation zu verbessern.

Die Angebote Marine Le Pens verfangen, obwohl sie fast durchweg vergangenheitsfixiert sind und darin immer wieder der rechtsextreme Markenkern der Partei durchscheint. Dies liegt auch an einem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber der politischen Klasse und den Institutionen des Landes. Weit über 80 Prozent der Franzosen begegnen der Politik heute mit Misstrauen, und immer mehr wenden sich von den etablierten Parteien ab.

In Summe gelingt es dem FN, den tiefgreifenden Wandel der französischen Gesellschaft zu bedienen, die heute nach mehr identitärer, sozialer und physischer Sicherheit verlangt. Unter Führung von Marine Le Pen hat es die Partei geschafft, die eigene Wählerbasis zu verbreitern und deren sozio-demographische Struktur zu diversifizieren. Der Parteidiskurs ist heute auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen fokussiert, was nahelegt, dass der FN diese Themen für wahlentscheidend hält.

Um den Vormarsch des FN zu stoppen, müssten auch die etablierten Parteien auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Land reagieren. Notwendig wäre, Wandlungsprozesse künftig besser zu analysieren, damit sich neue Wählerinteressen bzw. neue Wählergruppen schneller bedienen lassen. Zudem darf der Rückhalt vermeintlich traditioneller Wählerschichten nicht länger als sicher gelten. Deutliche Belege dafür sind die Wahl Tendenzen im vorurbanen

Raum und die Abkehr der Arbeiterschaft von der politischen Linken. Schließlich ist in Frankreich die persönliche Integrität der Verantwortungsträger zu einem gewichtigen Wahlfaktor geworden, der entsprechend zu würdigen ist. Nicht wahlentscheidend indes war in Frankreich bisher das Thema Europa – obwohl EU-Fragen in Deutschland oftmals als Grund für den Erfolg des FN gelten. Die anderen französischen Parteien müssten sich alsbald personell erneuern, relevante Themen besetzen und Politikangebote formulieren, die nicht nur die gesellschaftliche Mitte ansprechen, sondern auch wieder (vermeintliche) Randgruppen. Gelingt ihnen das nicht, droht der FN auf absehbare Zeit die stimmenstärkste Partei in Frankreich zu bleiben.

Einer »Marine Présidente« steht bislang die bipolare Struktur des Parteiensystems der Fünften Republik entgegen, in der Koalitionsbildungen nur innerhalb der beiden Lager stattfinden, nicht lagerübergreifend. Das Fehlen eines Koalitionspartners hat es der Partei bislang verwehrt, unter Beweis zu stellen, ob und wie sie politische Verantwortung umsetzen wird. Hat Marine Le Pen ihre Partei tatsächlich »normalisiert« – oder hat sie lediglich die Vermarktung professionalisiert? Für die Wähler in Frankreich und für die politischen Verantwortungsträger in Europa bleibt diese Frage ebenso offen wie jene, wohin Marine Le Pen als Präsidentin das Land politisch steuern würde.

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CEVIPOF	Le Centre de recherches politiques de Sciences Po
ENA	École nationale d'administration
EU	Europäische Union
FN	Front National
HEC	École des hautes études commerciales de Paris
Ifop	Institut français d'opinion publique
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques
LR	Les Républicains
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PS	Parti Socialiste
RPR	Rassemblement pour la République
UDF	Union pour la démocratie française
UMP	Union pour un mouvement populaire